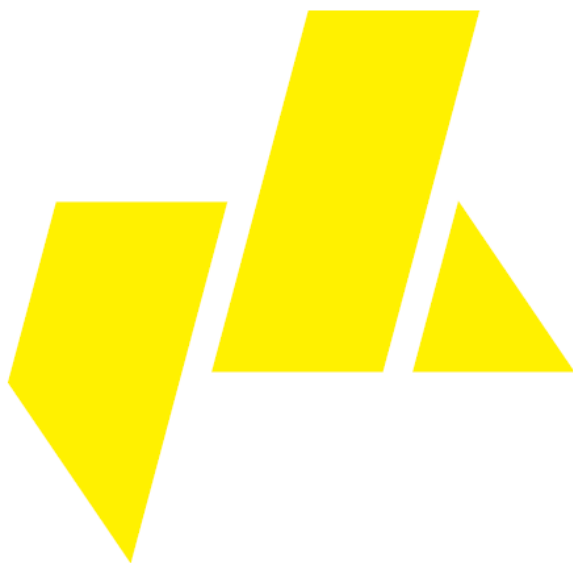


BESCHLUSSLAGE

**Beschlossen auf den Kreiskongressen
vom 16.10.2002 bis 09.04.2022**



Julia
Dresden

INHALT

Kommunales.....	5
Verkehrspolitik mit Zukunft.....	6
Einen Liter in Ehren kann niemand verwehren – Für mehr Trinkwasserbrunnen in Dresden.....	10
Vorsorge statt Nachsorge – Städtisches Klinikum mit Präventionsmaßnahmen gegen multiresistente Keime wappnen.....	11
Ein Jugendparlament für Dresden.....	12
Er liegt doch schon im Mausoleum – Keine Wiederauferstehung Lenins!.....	13
Millionen für einen Kaffee mit Ausblick? – Private Lösung für den Fernsehturm finden!.....	14
Gleichbehandlung aller Beherbergungsgewerbe.....	15
Mehr Spielplätze (auch) für Erwachsene.....	16
Positionierung zum Umgang mit PEGIDA.....	17
Wohnungsbau mit Zukunft.....	19
Mehr Toiletten im öffentlichen Raum.....	20
Brückenklettern Waldschlößchenbrücke.....	21
Für wirklich zumutbare Fahrzeiten zu Kitas.....	22
Cannabis Forschungsclub.....	23
Straßenmusik in Dresden muss Zukunft haben.....	24
Dresden braucht einen freien und überparteilichen Oberbürgermeisterkandidaten.....	25
Freie Daten für ein freies Dresden.....	26
Krankenhäuser Neustadt und Friedrichstadt zusammenlegen.....	27
Hundertwasserhaus endlich bauen.....	28
Spielplätze – Priorität auf Bestandsanierung statt Neubau legen.....	29
Neuausrichtung der Vogelwiese – zurück auf die Erfolgsspur.....	30
Für eine öffentliche Abstimmung über die Auswahl des Striezelmarktbaumes.....	31
Denkmalsschutz gegen Zahlung aufheben – Pilotprojekt (Fabrikstraße – Oederaner Straße – Freiburger Straße).....	32
Bildungsstandort Dresden.....	33
Förderung von Kindergärten und Kinderkrippen in privater Trägerschaft.....	34
Privatisierung des kommunalen Sekundärrohstoffmarktes.....	35
Sein statt Schein – Keine Imagekampagne für die Äußere Neustadt.....	36
Kein Zukauf von ENSO Anteilen.....	37

Grundschulbezirke abschaffen.....	38
Wiener Loch beseitigen.....	39
Bessere Bedingungen für die freie Kulturszene in Dresden.....	40
Möglichkeit der verkaufsoffenen Sonntage in Dresden voll ausnutzen.....	41
Errichtung eines „Denkmals des unbekanntem Demokraten“	42
Für eine saubere Stadt Dresden.....	43
Für eine liberale Neustadt.....	44
Für ein studentenfreundliches Dresden.....	45
Tourismus in Dresden.....	46
Boulderfelsen in Dresden.....	47
Grillen in Dresden.....	48
Liberale stehen zum Bürgervotum.....	49
Feste Grilleinrichtungen schaffen.....	50
Grillen im Großen Garten grundsätzlich erlauben.....	51
Den Großen Garten besser nutzen.....	52
JuliA Dresden für Eingemeindungen nach Dresden.....	53
Aufheben des Verkaufsverbotes von Alkohol der Dresdner Neustadt nach 22 Uhr.....	54
Erleuchtung in Dresden.....	55
Ja zur Waldschlößchenbrücke.....	56
Müllentsorgung, preiswert, ökologisch, einfach!.....	57
Personalstellen statt Kita- Plätze streichen.....	58
Innen und Recht.....	60
The internet is for porn - Rechtslage an Lebensrealität anpassen.....	61
Stigmatisierung von Hepatitis und HIV-Positiver in Polizeidatenbanken beenden.....	62
Si vis pacem - Waffenbesitz wieder salonfähig machen.....	63
Normalisiert die Haushaltshilfe - haushaltsnahe Dienstleistungen vom zVE absetzbar machen. .	65
Legalisierung statt Ausnahme - Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren.....	67
Der Staat muss Maß halten - zweckgebundene Abgaben statt Steuern.....	68
Alarmstufe rot... nicht nur auf der Damentoilette - Stigmatisierung und Unverständnis gegenüber Menstruierenden entgegenwirken.....	70
Weil ohne Ehrenamt nichts geht – Zukunft des Gefahrenschutzes sichern.....	71
Moderne Scharlatanerie unterbinden.....	73
Abschaffung der Erfassung des Geschlechts eines Menschen durch den Staat.....	74
Medialen Jugendschutz neugestalten.....	75
Für faires Gaming – Kennzeichnungspflicht für Mikrotransaktionen.....	76

Investitionsstau beseitigen – Umweltschutz sicherstellen.....	77
Keine dubiosen Doppelstrukturen – UNRWA abschaffen.....	78
Für eine Reform des Abtreibungsrechts.....	79
Die Zukunft gehört der Jugend – Politische Mitbestimmung junger Menschen verbessern!.....	81
Sch(l)uss mit tödlichen Überraschungen – „Drug Checking“ ermöglichen!.....	82
Keine Experimente – Einfach wählen gehen!.....	84
Skandinavisches Jedermannsrecht auch in Deutschland.....	86
Nur Homophobie ist heilbar – Gegen „Homo-Heilungen“!.....	87
Übertragung von Betrieben.....	88
Für eine Willkommenskultur mit Zukunft.....	89
Eigentum Schützen.....	91
Möglichkeiten zur privaten Unterstützung von Flüchtlingen verbessern.....	92
Volksentscheid zum Buß- und Bettag.....	93
Sinnvolle Wohnungsbauförderung statt Mietpreisbremse.....	94
Keine Begrenzung von Bargeldzahlungen.....	95
Kein Verbot von Plastiktüten durch die EU-Kommission.....	96
Beenden von Verkauf von Meldedaten.....	97
Für eine moderne Verwaltung.....	98
Informationsfreiheitsgesetz.....	99
Keine Angst vor Killerspielen.....	100
Ausstellung vom Waffenbesitzkarten.....	103
Kinderlärm.....	104
Bildung und Wissenschaft.....	105
SOCIAL MEDIA, ABER SICHER.....	106
Gemeinschaft fördern – Austausch fördern – Lesen fördern.....	107
JUGEND STÄRKEN - SPORTSCHULEN STÄRKEN.....	108
KOPFNOTEN - NUR PÄDAGOGISCHER.....	109
Digitalpakt 2.0 sinnvoll nutzen.....	110
AKTIONSTAG ÜBER PSYCHISCHE KRANKHEITEN.....	111
Politische Bildung und Debattenkultur in Sachsen fördern – Für mehr Auftritte von Politikern an Schulen und Hochschulen.....	112
Nuklear? Nu gloar! – Sachsen zur Pilotregion für moderne Kernenergieforschung entwickeln!.....	114
Durst löschen – Gesundheit fördern – Leistung steigern.....	116
Kopfnote abschaffen.....	117
Für freie und digitale Forschung und Lehre!.....	118

Arbeitsweise des Referats Politische Bildung des Studentenrates der TU Dresden.....	119
Teilsanierung von Schulen.....	120
Einführung von Forschungsprofessuren.....	121
Rahmenbedingungen für Studiengebühren schaffen.....	122
Verkehr und Infrastruktur.....	124
Gesetzliche Höchstgeschwindigkeiten für Mopeds anheben.....	125
Saubere Mobilität – Keine Möglichkeiten ausschließen!.....	126
Shared-Space-Projekt für die Äußere Neustadt.....	127
Elektrisch mobil – Jetzt erst recht!.....	128
Gebt der Jugend die Straße zurück – Schein für Schein! Für begleitetes Fahren ab 16!.....	130
Sanduhrsymbol in die Fußgängerampel.....	131
Königsbrücker Straße bestandsnah sanieren (Variante 7).....	132
Für eine ausgewogene Verkehrsentwicklung in Dresden.....	133
Verkehrskonzept für die Landeshauptstadt Dresden.....	135
Fahrradwege gehören auf die Fahrbahn.....	136
Fahrradchaos vor dem Hauptbahnhof beseitigen.....	137
Ampeln im Dresdner Straßenverkehr sinnvoll einsetzen.....	138
Parkplätze in der Dresdner Neustadt.....	139
Shared- Space Modellprojekt in Leuben.....	140
Integration von Radwegen.....	141
Transrapid- Strecke durch Dresden.....	142
Verband und Partei.....	143
JuliA-Club schon ab 19 Uhr – Für mehr Partizipation unserer jungen Mitglieder.....	144
Freiheitsgefühle kennen kein Alter!.....	145
Nachhaltigkeitsgrundsatz einführen.....	146
Machen wir Freiheit zur Leidenschaft!.....	147
Aufforderung zum Rücktritt.....	149
Aufforderung zum Rücktritt.....	150
Außen- und Verteidigungspolitik.....	151
Ein Schritt auf dem Weg zur Europäischen Armee – Deutsch-Polnische Brigade aufstellen.....	152
Ein strahlendes Licht für Deutschlands Sicherheitspolitik – Nukleare Teilhabe zementieren.....	153

Kommunales

Verkehrspolitik mit Zukunft

Freiheit und Mobilität sind untrennbar miteinander verbunden. Die Nutzung von Verkehrsmitteln ist heute aus Beruf, Ausbildung und Freizeit nicht mehr wegzudenken. Verkehr verursacht jedoch, insbesondere in einer wachsenden Stadt, erhebliche materielle und immaterielle Kosten. Die gerechte Aufteilung dieser Kosten auf ihre Verursacher und die Schaffung von umwelt- und sozialverträglichen Alternativen ist Grundprinzip liberaler Verkehrspolitik.

Straßenverkehr - freiwillige Verkehrswende statt Zwangsmaßnahmen!

Wir erkennen an, dass der eigene PKW gegenwärtig für viele Menschen nicht etwa ein Luxusartikel oder Statussymbol darstellt, sondern schlicht eine Notwendigkeit für den Arbeitsweg und für persönliche Besorgungen ist. Gleichwohl verursacht der motorisierte Individualverkehr signifikante Kosten in Form von Unfällen sowie Lärm und Schadstoffemissionen, die bisher auch in erheblichem Maß von Unbeteiligten getragen werden müssen. Dabei sind diese Kosten grundsätzlich vom Verursacher zu tragen! Auch kann die Leistungsfähigkeit des städtischen Straßennetzes nicht beliebig erhöht werden. Konkret fordern wir:

- Zur Unterstützung von Elektromobilität soll ein dichtes Netz an Ladestationen entstehen.
- Technologieoffenheit bzgl. Antriebstechnologien. Eine einseitige Subvention akkubetriebener Elektromobilität lehnen wir ab. Weiterhin wollen wir die Entstehung eines Minimalnetzes an Wasserstofftankstellen fördern.
- Marktgerechte Parkgebühren auf städtischen Flächen und die Prüfung der Einführung einer City-Maut.
- Mehr Shared-Space-Flächen in Wohngebieten und die Einrichtung innerstädtischer Mobilitätshubs und bewachter Park&Ride-Parkplätze am Stadtrand. Wir wollen so den Umstieg auf alternative Verkehrsmittel wie Car- und Bikesharing, den ÖPNV oder Ride-Sharing- und Ride-PoolingAngebote erleichtern.
- Maßnahmen wie z.B. Tempolimits, die sich nicht unmittelbar aus konkreten Gefahrensituationen ergeben, großflächige Fahrverbote oder den einseitigen Rückbau von Straßen - auch einzelner Fahrspuren - trotz steigenden Verkehrsaufkommens lehnen wir ab. Bei dauerhaft sinkendem Verkehrsaufkommen kann eine Reduktion der Fahrspuren diskutiert

werden. Ein Wegfall von Fahrspuren bei der Umwandlung von Nebenstraßen in Einbahnstraßen kann erfolgen.

Öffentlicher Personennahverkehr – leistungsfähig und schnell in Stadt und Umland!

Besonders auf mittleren und größeren Entfernungen ist der öffentliche Personennahverkehr die einzige realistische Alternative zum PKW. Um dieser Rolle gerecht zu werden, muss der ÖPNV nicht nur preisgünstig sein, er muss auch mit dem PKW vergleichbare oder kürzere Reisezeiten bieten. Konkret fordern wir:

- Den Ausbau des Straßenbahnnetzes in Dresden auch bis in das Umland hinein. Der Ersatz schwach ausgelasteter Eisenbahnstrecken wie Königsbrück-Weixdorf sowie stark ausgelasteter Buslinien durch Straßenbahnen ist zu prüfen. An Verkehrsknotenpunkten sollen durch teilweise unterirdische Verlegung die Konflikte mit anderen Verkehrsträgern reduziert und so eine Erhöhung der Reisegeschwindigkeit ermöglicht werden.
- Wo ein Ausbau des S-Bahn-Netzes nicht möglich oder nicht wirtschaftlich ist, sollen Express-Straßenbahnlinien, die zwischen großen Verkehrsknotenpunkten schwach ausgelastete Haltestellen auf Überholgleisen umfahren, eingerichtet werden.
- Um eine Versorgung per Güterstraßenbahn zu ermöglichen sollen insbesondere zentrumsnahe Gewerbegebiete an das Straßenbahnnetz angebunden werden. Wir wollen so unnötigen LKW-Verkehr vermeiden.
- Das S-Bahn-Netz soll erweitert werden. Städte wie Radeberg, Bautzen, Kamenz, Riesa und Großenhain sind einzubeziehen. Durch Ausbau und Reaktivierung der Bahnstrecke Kamenz-Arnsdorf-Dürröhrsdorf-Pirna soll eine S-Bahn-Ringlinie insbesondere die Anbindung des Nordöstlichen Umlands verbessern. Durch Tausch von Endpunkten soll die Zahl der umsteigefreien Direktverbindungen erhöht werden. Im Stadtgebiet sind zusätzliche Haltepunkte, speziell Stauffenbergallee und Bischofsplatz (S2), einzurichten.

Rad- und Fußverkehr – aber sicher!

Besonders über kurze und mittlere Entfernungen sind das Fahrrad oder der Fußweg eine schnelle sowie umweltschonende, und darüber hinaus gesunde, Alternative zu PKW und ÖPNV. Durch mangelhaften Ausbau der Radinfrastruktur sind Fahrradfahrer jedoch häufig in folgenschwere Unfälle verwickelt und geraten in Konflikt mit anderen Verkehrsteilnehmern. Wir

wollen Fahrradfahren sicherer gestalten und so für noch mehr Menschen zu einem attraktiven Verkehrsmittel machen. Konkret fordern wir:

- Unfallschwerpunkte sind durch Verbesserung der Verkehrsführung zu beseitigen. Fahrradwege sind grundsätzlich auf der Straße zu führen, deutlich sichtbar zu markieren und, wo immer möglich, baulich von den Fahrstreifen zu trennen. Fahrradwege auf dem Bürgersteig sollen so breit ausgeführt werden, dass auch Überholvorgänge – ohne dabei Fußgänger zu gefährden oder zu belästigen – möglich sind.
- Kann entlang von Hauptverkehrsachsen weder ein gesicherter Radfahrstreifen noch ein hinreichend breiter Fahrradweg auf dem Gehweg werden, sollen benachbarte Nebenstraßen verkehrsberuhigt und als Fahrradstraße ausgewiesen werden.
- Öffentliche Gebäude, Behörden, Ämter, Freizeiteinrichtungen, etc. sollen über ausreichende Möglichkeiten zur sicheren Abstellung von Fahrrädern verfügen.
- Parkstreifen sind aufzuheben, wenn von diesen eine nicht vertretbare Gefahr für den Radverkehr ausgeht.
- Nebenstraßen sind so zu sanieren, dass die Nutzung für Fahrradfahrer erleichtert wird. Insbesondere die Fahrbahndecke ist fahrradfreundlich zu gestalten.

Beschlossen am 06.07.2019

Einen Liter in Ehren kann niemand verwehren – Für mehr Trinkwasserbrunnen in Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden erachtet die Verbesserung der Möglichkeit zur schnellen Versorgung mit Trinkwasser – gerade an heißen Sommertagen – für notwendig. Wir setzen uns daher für mehr Trinkwasserbrunnen bzw. -entnahmestellen im öffentlichen Raum ein.

Konkret fordern wir:

- Trinkwasserentnahmestellen sollen an möglichst vielen hochfrequentierten Plätzen und Orten in Dresden installiert werden.
- In allen Behörden- und Amtsgebäuden, die Bürger üblicherweise aufsuchen müssen, sind solche Trinkwasserentnahmestellen einzurichten.
- Eine Trinkwasserbrunneninfrastruktur muss flächendeckend in Dresden eingerichtet werden. Dabei sind zunächst die folgenden, bisher mit Trinkwasserbrunnen unterversorgten, Stadtgebiete zu berücksichtigen: Gorbitz, Cotta, Löbtau, Plauen, Südvorstadt, Strehlen, Leubnitz-Neuostra, Reick, Prohlis, Niedersedlitz, Großschachwitz, Kleinschachwitz, Seidnitz, Dobritz, Tokewitz, Gruna, Strießen, Johannstadt, Friedrichstadt, Mickten, Trachau, Pieschen, Trachenberge, Leipziger Vorstadt, Innere Neustadt.
- Die Benutzung der Trinkwasserentnahmestellen soll für jedermann möglich sein.
- Die Benutzung der Trinkwasserentnahmestellen soll gebührenfrei sein.
- Die Bedienung der Trinkwasserentnahmestellen soll aus hygienischen Gründen durch berührungslose Sensoren oder per Fußschalter erfolgen.
- Ein Missbrauch der Trinkwasserentnahmestellen durch unverhältnismäßige Wasserentnahme (bspw. Kanisterabfüllung) kann durch das Ordnungsamt sanktioniert werden.

Weiterhin fordern wir die Verantwortlichen der Landeshauptstadt Dresden dazu auf, bei privaten Unternehmen, bspw. Geschäften, Cafés, Bars, Restaurants etc., dafür zu werben, Leitungswasser auf Nachfrage gebührenfrei abzugeben. Dazu könnte bspw. eine Bewerbung entsprechender Projekte (Bsp.: „Refill“) hilfreich sein.

Beschlossen am 06.07.2019

Vorsorge statt Nachsorge - Städtisches Klinikum mit Präventionsmaßnahmen gegen multiresistente Keime wappnen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert, dass für das Städtische Klinikum Dresden ein Präventionsmaßnahmenpaket beschlossen wird, welches den Hygienestandard der Einrichtungen dauerhaft erhöht.

Dazu soll es einen einmaligen Zuschuss von der Stadt geben, um bauliche, organisatorische und technische Maßnahmen durchzuführen. Zusätzlich muss für Wartung und Instandhaltung ein jährliches Budget festgelegt werden, um diesen neuen Hygienestandard zu erhalten. Damit sollen auf Dauer die Kosten in den Einrichtungen des Städtischen Klinikums drastisch gesenkt werden, da Ausfälle durch multiresistente Keime; Krankheiten des Personals und Kosten durch Klagen von Opfern multiresistenter Keime oder deren Hinterbliebenen weit mehr kosten, als umfangreiche Präventivmaßnahmen.

Beschlossen am 08.12.2018

Ein Jugendparlament für Dresden

Als politischer Jugendverband fördert und fordert die Jungliberale Aktion Dresden die Einbindung von Jugendlichen in politische Prozesse. Wir setzen uns daher ausdrücklich für Maßnahmen ein, die Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich aktiv in die politische Arbeit vor Ort einzubringen. Die Jungen Liberalen der Stadt Dresden fordern daher die sächsische Landeshauptstadt auf, ein Jugendparlament einzurichten.

Das Jugendparlament soll auf kommunaler Ebene beratende Funktion in jugendpolitischen Angelegenheiten haben. Seine Entscheidungen sind für die Gemeinde nicht bindend. Jedoch sind Vertretern des Jugendparlaments bestimmte Rede- und Antragsrechte im Stadtrat einzuräumen.

Die Mitglieder des Jugendparlaments müssen gewählt werden. Das aktive Wahlrecht ist allen Jugendlichen, die das zwölfte Lebensjahr vollendet haben, altersbedingt jedoch noch nicht über das aktive Wahlrecht zur regulären Kommunalwahl verfügen, zuzugestehen. Analoges gilt für das passive Wahlrecht. Weiterhin müssen Jugendliche in der Stadt Dresden wohnhaft sein, um für das Jugendparlament wahlberechtigt und wählbar zu sein. Zur Durchführung eigener Veranstaltungen, der Erstattung von Fahrtkosten der Mitglieder etc. ist den Jugendparlamenten durch die Stadt Dresden ein eigenes, angemessenes, Budget zur Verfügung zu stellen.

Beschlossen am 6.12.2017

Er liegt doch schon im Mausoleum – Keine Wiederauferstehung Lenins!

Die Jungliberale Aktion Dresden lehnt den Rückkauf der alten Lenin-Statue durch die Stadt Dresden entschieden ab.

Das ehemalige Lenin-Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz (heute: Wiener Platz) war Ausdruck eines totalitären Personenkults. Als solches steht ein Monument zu Ehren des Wegbereiters des roten Terrors im absoluten Gegensatz zu unseren Grundwerten von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Lenin hat in Dresden keinen Platz verdient, weder im Stadtbild noch im Haushalt.

Wir fordern die Stadt Dresden sowie den Stadtrat, insbesondere die Fraktion der FDP/FB, auf, sich klar gegen den Ankauf der Statue oder gar die Wiedererrichtung des Denkmals zu positionieren. Öffentliche Gelder dürfen nicht für verklärende Nostalgieromantik verwendet werden.

Beschlossen am 14.06.2017

Millionen für einen Kaffee mit Ausblick? – Private Lösung für den Fernsehturm finden!

Die Jungliberale Aktion Dresden steht einer Wiederaufnahme des Besucherbetriebs des Dresdner Fernsehturms positiv gegenüber. Wir fordern die Stadt daher auf, aktiv um private Investoren für die Wiederinbetriebnahme von Aussichtsplattform und Turmrestaurant sowie die Finanzierung der nötigen Sanierungsmaßnahmen zu werben. Da wir den Betrieb eines Restaurants und Ausflugsziels nicht als staatliche Aufgabe sehen, lehnen wir eine Finanzierung der, für eine touristische Nutzung, nötigen Maßnahmen aus öffentlichen Geldern ab. Gegen eine maßvolle städtische Unterstützung für Zuwegung und ÖPNV-Anbindung haben wir nichts einzuwenden.

Beschlossen am 14.06.2017

Gleichbehandlung aller Beherbergungsgewerbe

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, durch die Einrichtung eines einfachen Anzeigeverfahrens für die entgeltliche, kurzfristige Überlassung privaten Wohnraums, die Voraussetzungen für die Erfassung und Gleichbehandlung aller Beherbergungsgewerbe zu schaffen.

Beschlossen am 08.06.2016

Mehr Spielplätze (auch) für Erwachsene

Jeder dritte Spielplatz in Dresden soll so angepasst werden, dass Spielgelegenheiten um weitere Sport- und Freizeitangebote wie Skateboarden, Recks, Barren, und Olympische Ringe zur Nutzung durch Erwachsene zu ergänzen sind.

Beschlossen am 08.06.2016

Positionierung zum Umgang mit PEGIDA

Die JuliA Dresden spricht sich gegen jegliche Form der Unterstützung für PEGIDA oder deren Protagonisten aus. Wir halten die Teilnahme an PEGIDA Kundgebungen, die Unterstützung der dort geäußerten Positionen und eine Verharmlosung der Bewegung für unvereinbar mit den Grundsätzen einer liberalen Partei oder Jugendorganisation. Wir fordern zudem alle liberalen Politiker auf, sich aktiv an der Aufklärung der Bevölkerung zu beteiligen. Falsche Darstellung oder Unkenntnis von Fakten zur Asylproblematik fördert in der Bevölkerung Angst oder ein Gefühl der Bedrohung, was eine konstruktive Problemlösung unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger behindert. Die Jungliberale Aktion wird sich in Zukunft, wann immer dies in Frage steht, aktiv in die Diskussion einschalten und ihre Auffassung von Liberalität und Rechtsstaatlichkeit kenntlich machen.

Eine drohende „Islamisierung des Abendlandes“ ist bei einem muslimischen Bevölkerungsanteil von etwa 1% in Sachsen eine absurde Behauptung. Zudem führt diese Argumentation an der entscheidenden Frage vorbei: Der Staat hat unserer Ansicht nach weltanschaulich neutral die Grundsätze unserer Verfassung und die geltenden Gesetze durchzusetzen. In unserer Demokratie kann eine derart kleine Minderheit weder die geltenden Gesetze noch die Kultur „islamisieren“. Eine überdurchschnittliche Kriminalität von Migranten ist zudem nicht empirisch belegbar. Eine Stigmatisierung von ausländischen Mitbürgern ist abzulehnen. Dies betrifft insbesondere die wiederkehrende Unterstellung, Muslime würden generell mit dem IS oder anderen Dschihadisten in Verbindung stehen.

Grundrechte sind in der Verfassung festgeschrieben und unveräußerlich. PEGIDA beansprucht das Recht auf Meinungsfreiheit, verweigert jedoch die Diskussion mit Kritikern und reagiert bisweilen aggressiv auf andere Meinungen. Wir Jungliberalen haben mehrfach erfolglos versucht, mit den Anhängern der Gruppierung ins Gespräch zu kommen und argumentativ über Meinungsunterschiede zu diskutieren. Ihre Ablehnung gegenüber Medien und Politikern belegt dies und unterstreicht ein mangelhaftes Demokratieverständnis. Daher ist PEGIDA für seine Anhänger eine Gelegenheit sich abzuschotten, sich als Opfer und alle anderen als Täter wahrzunehmen. Diese Polarisierung macht PEGIDA nicht zum Teil der Lösung, sondern Teil des Problems in Sachen Flüchtlingsdebatte. Probleme, Herausforderungen und Chancen der Situation müssen differenziert statt pauschalisiert behandelt werden.

PEGIDA hat sich zunehmend radikalisiert, worin wir eine zunehmende Gefahr für die öffentliche Ordnung sehen. Es treten verstärkt fremdenfeindliche Aussagen, aggressives Verhalten und eine allgemeine Legitimation für Selbstjustiz und gegen den demokratischen Rechtsstaat auf. Dies zeigt sich gerade auch in Sachsen durch eine vermehrte Tendenz zu Übergriffen von sonst gesetzestreuem Mitbürgern.

Wir lehnen jede Gewalt zur Umsetzung politischer Ziele als kriminell und undemokratisch ab. Das betrifft insbesondere auch das Bedrohen von Journalisten oder die öffentliche Rechtfertigung von Lynchjustiz. Wir unterstützen die Bemühungen des Dresdner Oberbürgermeisters Dirk Hilbert zur Durchsetzung des Demonstrationsrechts für alle Seiten. Nur ein offen und friedlich ausgetragener Diskurs kann zukünftig zu einer Lösung der Probleme führen.

Beschlossen am 09.12.2015

Wohnungsbau mit Zukunft

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich dafür ein, den privatwirtschaftlichen Wohnungsbau zu fördern, um einem absehbaren Wohnungsmangel bereits im Voraus entgegenzuwirken.

Daher fordern wir:

Ablehnung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in städtischer Trägerschaft

Abbau bürokratischer Hürden wie bspw. bei der Reglementierung des äußeren Ausgestaltungsumfangs der Häuser

Senkung des Grundsteuer-Hebesatzes B auf sächsischen Durchschnitt

Senkung der Grunderwerbssteuer auf 3% und deren generelle Abschaffung für den Erwerb von Erstimmobilien zum Eigenbedarf

Stadtrückverdichtung zur Lukrativmachung und zum Erhalt einer pulsierenden Innenstadt: Konzentrierung in das Zentrum, anstatt in die Breite

Eigenverantwortung vor städtischer Bevormundung: Dies soll die freie Auswahl des Baugebietes durch den Investor garantieren, jedoch ist die staatliche Unterstützung (bspw. in Form von Förderungen) des Projektes auszuschließen

Außerhalb der historischen Altstadtkulisse soll die Stadt auch vermehrt den Bau von Hochhäusern in Betracht ziehen

Sozialer Wohnungsbau: Aufrechterhaltung der noch vorhandenen Sozialwohnungen in Dresden. Die Wohnberechtigung für eine Sozialwohnung muss der Mieter dann aller zwei Jahre verlängern lassen. Wird der Wohnberechtigungsschein durch eine relevant verbesserte Einkommenssituation verwehrt ist dem Mieter eine einjährige Frist bis zum Auslaufen des Mietvertrags zu gewähren.

Beachtung der bestehenden ÖPNV-Infrastruktur bei künftigen Bauprojekten (bspw. in Dresden-Pennrich, Dresden-Weißig oder Dresden-Weixdorf)

Die Jungliberale Aktion sieht ein großes Potenzial in einem attraktiven Stadtzentrum, zu welchem eine ästhetisch-moderne Architektur aber auch eine Architektur nach historischem Vorbild gehört.

Beschlossen am 09.12.2015

Mehr Toiletten im öffentlichen Raum

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert mehr Toiletten im Innenstadtbereich, besonderer Schwerpunkt ist dabei der Bereich der Elbwiesen. Dabei soll es sich um einfache Toiletten handeln, die für jeden frei zugänglich sind. Die Betreuung der Toiletten soll öffentlich ausgeschrieben werden, jedoch kann die Stadt Dresden auch Toiletten betreiben.

Wir fordern die Stadt Dresden auf, Konzepte für die kostenfreie Benutzung von Toiletten zu prüfen. Bspw. könnten bereits etablierte Konzepte wie „Nette Toilette“ aus der Dresdner Neustadt (Restaurants stellen Toiletten kostenfrei zur Verfügung) auf das gesamte Innenstadtgebiet ausgeweitet werden.

Beschlossen am 09.12.2015

Brückenklettern Waldschlößchenbrücke

Die Stadt Dresden soll an den Bögen der Waldschlößchenbrücke die Voraussetzungen zum Brückenklettern schaffen. Damit soll es erst Journalisten und später einer breiten Bevölkerung ermöglicht werden, unter Anleitung von Industriekletterern die Bögen der Waldschlößchenbrücke hinauf zu klettern.

Beschlossen am 10.06.2015

Für wirklich zumutbare Fahrzeiten zu Kitas

Die Jungliberale Aktion Dresden hält eine Fahrtzeit von 30 Minuten bis zur Kindertagesstätte für nicht zumutbar. Auf dieser Angabe basiert die momentane Kitaplanung. Zumeist wird diese Fahrtzeit zwar nicht erreicht, dennoch halten wir diese Angabe im Interesse der Kinder und der Eltern für inakzeptabel. Wir fordern eine Fahrtzeit von maximal 20 Minuten als Grenze der Zumutbarkeit festzulegen.

Beschlossen am 10.06.2015

Cannabis Forschungsclub

Die Stadt Dresden soll sich dafür einsetzen, dass ein breit angelegtes Forschungsprojekt zur Untersuchung von Chancen und Risiken in Bezug auf Cannabiskonsum errichtet wird. Dabei sollen nicht nur die Chancen und Risiken ermittelt, sondern vor allem Lösungen zur Reduzierung der Gefahren erarbeitet werden und Kenntnisse in Bezug auf Anbau und Nutzung gewonnen werden. Dieser Forschungsclub soll ein Zusammenschluss aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medizin und freiwilligen Bürgern sein, die durch ein Forschungsentgelt das Gesamtprojekt mitfinanzieren. Die Hauptaufgabe der Stadt Dresden ist es hierbei, die Genehmigungen für die an der Forschung und Entwicklung teilnehmenden Bürger von der Bundesopiumstelle und anderen Behörden zu erlangen.

Beschlossen am 10.06.2015

Straßenmusik in Dresden muss Zukunft haben

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die vollständige Überarbeitung der Regelung zur Straßenmusik. Diese benachteiligt die Straßenmusiker in unangemessener Weise. Straßenmusik ist gerade für eine Kulturstadt wie Dresden eminent wichtig. Die Belange der Anwohner und Gewerbetreibenden müssen gewürdigt werden. Dennoch darf diese Regelung nicht dazu führen, dass faktisch fast kein Straßenmusiker mehr im Stadtbild zu sehen ist. Das Wohnen und Arbeiten in Innenstadtlage ist naturgemäß immer mit erhöhten Lärmimmissionen verbunden. Zudem ist dieser Sachverhalt in jeder Stadt dieser Größe sehr ähnlich und trotzdem gibt es Straßenmusik. Deshalb ist es unverständlich, dass gerade diese Belange auf Kosten der Straßenmusiker so in den Vordergrund gestellt werden. Erforderlich zum Ausgleich der Interessen sind folgende Maßnahmen:

Dezibelobergrenze schaffen

Zum Schutz der Anwohner wird eine Dezibelobergrenze geschaffen.

Kein Verbot der Straßenmusik wegen bestimmter Veranstaltungen und 19 Wochentagen

Es ist nicht akzeptabel, bestimmte Orte der Straßenmusik generell entziehen zu wollen und während bestimmter Ereignisse (Weihnachtsmarkt und Stadtfest) diese sogar bei deren Aufbau zu verbieten. Auch das Verbot an Sonn- und 23 Feiertagen ist abzulehnen.

Genehmigungspflicht abschaffen

Wir sprechen uns gegen die Genehmigungspflicht aus, derer die Straßenmusiker unterworfen worden sind. Diese müssen nach der jetzt geltenden Regelung jeden Tag eine neue Genehmigung beantragen und dürfen nur zweimal pro Woche auftreten. Außerdem müssen diese für jede Genehmigung Verwaltungsgebühren in Höhe von 5 Euro entrichten, wenn sie CDs verkaufen möchten wird es sogar noch um 2,50 € teurer. Dadurch wird den Musikern oft die Geschäftsgrundlage bewusst entzogen.

Beschlossen am 10.06.2015

Dresden braucht einen freien und überparteilichen Oberbürgermeisterkandidaten

Die Jungliberale Aktion Dresden unterstützt den freien und überparteilichen Oberbürgermeisterkandidaten Dirk Hilbert zur Oberbürgermeisterwahl in Dresden im kommenden Jahr.

Beschlossen am 03.12.2014

Freie Daten für ein freies Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, ihre Daten nach dem Open-Data-Prinzip zu veröffentlichen. Zur Orientierung sollen die Kriterien der Open-Data-Definition der Open KnowledgeFoundation Deutschland e.V. herangezogen werden.

Im Regelfall und Zweifel müssen die Daten veröffentlicht werden, ansonsten muss die Nichtfreigabe begründet werden.

Die Erfüllung dieser Kriterien sieht die JuliA Dresden nicht bei der vom Bundesministerium des Innern (BMI) erstellten Government-Data-Plattform govdata.de und daten-deutschland.de.

Beschlossen am 02.07.2014

Krankenhäuser Neustadt und Friedrichstadt zusammenlegen

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich für eine Zusammenlegung der Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt ein. Die zusammengelegten Einrichtungen sollen in Form einer gGmbH, deren hundertprozentiger Anteilseigner die Stadt Dresden ist, betrieben werden.

Falls die Änderung der Rechtsform nicht möglich ist, bzw. auf große Ablehnung in der Bevölkerung stößt, soll unabhängig davon die Zusammenlegung der beiden Krankenhäuser überprüft werden.

Beschlossen am 02.07.2014

Hundertwasserhaus endlich bauen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, sich nachdrücklich für den Bau des Hundertwasserhauses am ursprünglich geplanten Standort in der Äußeren Neustadt an der Bautzner Straße einzusetzen und gezielt nach privaten Investoren für dieses Projekt zu suchen. Die geplante Nutzung als Parkplatz muss aufgegeben werden. Es ist zu prüfen, ob der bewaldete Platz Ecke Bautzner Straße/Prießnitzstraße (am Bach Prießnitz gelegen) stattdessen als Parkplatz genutzt werden könnte. Eine Finanzierung durch die Stadt soll nicht erfolgen.

Beschlossen am 04.12.2013

Spielplätze – Priorität auf Bestandsanierung statt Neubau legen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert der Sanierung bestehender Spielplätze klare Priorität gegenüber dem Neubau von Spielplätzen einzuräumen.

Beschlossen am 04.12.2013

Neuausrichtung der Vogelwiese – zurück auf die Erfolgsspur

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert das Volksfest Vogelwiese mit Blick auf dessen große, über 500-jährige historische Tradition völlig neu zu konzipieren, damit das vorhandene Potenzial der Vogelwiese erschlossen werden kann. Wir glauben an die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Vogelwiese. Sinkende Besucherzahlen und schwindende Einnahmen sind aus unserer Sicht nicht notwendig, sondern verursacht durch falsche politische und konzeptionelle Weichenstellungen. Folgende Maßnahmen halten wir für erforderlich: Die Besucherzahlen sollen gesteigert werden. Dazu müssen auch überregional Besucher angezogen werden. Mittel- bis langfristig soll das Volksfest als erstes in den neuen Bundesländern in die Liste der 30, dann der zehn größten und besucher-stärksten deutschen Volksfeste aufsteigen. Die Standgebühren müssen abgesenkt werden. Vergessene Traditionen sollten wiederbelebt werden (Vogelschießen etc.). Das gastronomische Angebot ist zu erweitern, die Bierzeltkultur ist in das Fest zu integrieren. Das Marketing muss verbessert werden. Das traditionelle Vogelschießen der Schausteller gegen die Stadtverwaltung soll beibehalten werden. Außerdem ist ein neuer Standort notwendig, der genügend Platz für eine Veranstaltung dieser Größe bietet. Es ist zu prüfen, ob die Festwiese Ostragehege oder die Cockerwiese künftig als Standort infrage kommen. Darüber hinaus sollte die Vogelwiese in der Größe nur einmal im Jahr, vorzugsweise traditionell im Sommer, stattfinden und 14 - 18 Tage dauern. Die bisher gleichwertigen Frühjahrs- und Herbstfeste können weiterhin in dem Umfang und an dem Standort wie bislang stattfinden, wenn es wirtschaftlich sinnvoll erscheint und dem Erfolg der Vogelwiese nicht abträglich ist. Die Veranstaltung der Vogelwiese sollte von der Stadt bzw. einem privaten Veranstalter gemeinsam mit dem Dresdner Schaustellerverband e.V. übernommen werden.

Beschlossen am 04.12.2013

Für eine öffentliche Abstimmung über die Auswahl des Striezelmarktbaumes

Die Jungliberale Aktion Dresden begrüßt die öffentliche Abstimmung über die Auswahl des Weihnachtsbaumes für den Dresdner Striezelmarkt und fordert dieses Verfahren künftig in jedem Jahr anzuwenden. Durch dieses Vorgehen werden die Einwohner Dresdens mit in die Entscheidungsfindung über den Weihnachtsbaum einbezogen, der den Striezelmarkt während der gesamten Weihnachtszeit schmücken wird. Die Abstimmung ist im Internet oder per Postkarte möglich. Dabei können die Einwohner zwischen mehreren Bäumen ihren Favoriten auswählen.

Beschlossen am 04.12.2013

Denkmalsschutz gegen Zahlung aufheben - Pilotprojekt (Fabrikstraße - Oederaner Straße - Freiburger Straße)

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, ein Pilotprojekt der Stadtentwicklung im Bereich z.B. der Fabrikstraße - Oederaner Straße - Freiburger Straße durchzuführen. Gegenstand des Pilotprojektes ist die Einrichtung eines quartiergebundenen Fonds zur denkmalgerechten Sanierung und die Möglichkeit, gegen Strafzahlung in diesen Fonds den Denkmalschutz aufzuheben. Die Höhe der Strafzahlung steigt mit jedem Projekt, bei dem der Denkmalschutz aufgehoben wird und sinkt mit jeder denkmalgerechten Sanierung.

Beschlossen am 19.06.2013

Bildungsstandort Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Landeshauptstadt Dresden auf, die Prioritäten richtig zu setzen und bei kommenden Haushaltsplanungen den Schwerpunkt auf die Sanierung und den Neubau von Schulen zu legen. Dabei soll die Funktionalität und nicht die Ästhetik im Vordergrund stehen. Weiterhin fordern wir alle Fraktionen des Dresdner Stadtrates auf, sich nicht nur verbal für Schulen einzusetzen, sondern den Worten auch Taten folgen zu lassen. Deshalb muss auch im Stadtrat ein Umdenken stattfinden. Teure Prestigeobjekte wie beispielsweise das „Kulturkraftwerk Mitte“ bzw. ein Verwaltungsneubau im Wiener Loch sind zugunsten Dresdner Schulen abzulehnen.

Die Aufnahme neuer Schulden lehnen die Jungliberalen hingegen ab. Die Stadt Dresden ist eine der wenigen Städte, welche schuldenfrei ist. Dies gilt es zu erhalten. Notwendige Maßnahmen zum Erhalt der Schulen müssen aus den laufenden Haushalten gedeckt werden. Wenn nötig müssen harte Sparmaßnahmen ergriffen werden, um erforderliche Sanierungen und Kapazitätserweiterungen zu ermöglichen. Darüber hinaus sehen die Jungliberalen die Teilsanierung von Schulen als probates Mittel zur schnellen Behebung baulicher Mängel.

Beschlossen am 07.12.2011

Förderung von Kindergärten und Kinderkrippen in privater Trägerschaft

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, den derzeitigen und zukünftigen Bedarf an Krippen- und Kindergartenplätzen zu analysieren und einen entsprechenden Maßnahmenplan zur Deckung des Bedarfes zu erstellen.

Die Stadt Dresden soll zukünftig verstärkt die Ansiedlung von Kinderkrippen und Kindergärten in privater Trägerschaft fördern. Des Weiteren soll es eine einheitliche Anlaufstelle/Ansprechpartner für potentielle Kindergarten/-krippenbetreiber in der Stadtverwaltung geben, um eine schnelle und unbürokratische Einrichtung zu ermöglichen. Die Kindergärten/ -krippen von privaten Trägern sollen auch durch eine befristete Freistellung von kommunalen Abgaben gefördert werden.

Beschlossen am 07.12.2011

Privatisierung des kommunalen Sekundärrohstoffmarktes

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, sich aus dem Sekundärrohstoffmarkt zurückzuziehen und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem Bereich einzustellen. Zukünftig soll der Betrieb aller öffentlichen Sammelstellen (Altglas- und Altpapiercontainer) einzeln für den Betrieb durch private Unternehmen ausgeschrieben werden. Die Stadt soll ihrer Entsorgungspflicht für Sekundärrohstoff, falls möglich, ausschließlich durch Ausschreibungen und Übertragungen auf private Anbieter nachzukommen.

Beschlossen am 07.12.2011

Sein statt Schein – Keine Imagekampagne für die Äußere Neustadt

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Oberbürgermeisterin auf, ihre Pläne für die Durchführung einer Imagekampagne zur Verbesserung der Sauberkeit in der Äußeren Neustadt zu verwerfen. Die veranschlagten Mittel sollen stattdessen in tatsächlich wirksame Maßnahmen, wie z.B. zusätzliche Mülleimer, investiert werden.

Beschlossen am 07.12.2011

Kein Zukauf von ENSO Anteilen

Die Jungliberale Aktion Dresden lehnt einen weiteren Zukauf an Anteilen der Enso durch die städtische Tochter Technische Werke Dresden (TWD) ab.

Beschlossen am 22.06.2011

Grundschulbezirke abschaffen

Die Jungliberale Aktion fordert die Aufhebung der Grundschulbezirke. Die Freiheit zur Wahl der am besten geeigneten Schule für die eigenen Kinder soll neben den Mittelschulen und Gymnasien auch bei den Grundschulen bestehen.

Beschlossen am 22.06.2011

Wiener Loch beseitigen

Die Jungliberale Aktion setzt sich für die Beseitigung der Baugrube am Wiener Platz ein, sollte dem Stadtrat nicht bis zum 31.12.2011 ein verbindliches Kaufangebot eines Investors vorliegen. Die Leistungen zur Erhaltung der Baugrube sollen eingestellt und die Grube verfüllt werden. Der entstehende Platz ist möglichst kostengünstig als attraktive Freifläche zu gestalten.

Beschlossen am 08.12.2010

Bessere Bedingungen für die freie Kulturszene in Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert verbesserte Rahmenbedingungen für die freie Kulturszene in Dresden.

Der Anteil der Fördergelder für die freie Szene soll in Zukunft mindestens 5 % des kommunalen Kulturetats betragen. Dabei soll eine Priorisierung der Sockelfinanzierung gegenüber der Projektfinanzierung geprüft werden. Die Förderung von Kleinstprojekten muss flexibler gestaltet werden, z.B. indem eine vierteljährliche Mittelvergabe ermöglicht wird.

Darüber hinaus fordern wir Verbesserungen auf institutioneller Ebene. Der Einfluss von Projektgruppen, Kulturbeirat und Kulturbeschluss muss gegenüber dem Kulturamt gestärkt werden. Die Einführung einer organisatorisch verankerten, fachlichen Beratung des Kulturausschusses durch Mitglieder der Projektgruppen und Kulturbeiräte soll geprüft werden.

Zudem fordert die JuliA den amtierenden Kulturbürgermeister auf, stärker in den direkten Dialog mit den Trägern der freien Kulturszene zu treten.

Beschlossen am 30.06.2010

Möglichkeit der verkaufsoffenen Sonntage in Dresden voll ausnutzen

Die Jungliberale Aktion Dresden unterstützt die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat in ihrer Initiative, alle vier möglichen verkaufsoffenen Sonntage in der Stadt zu erlauben.

Die verkaufsoffenen Sonntage werden nicht nur von der Dresdner Bevölkerung gut wahrgenommen, sondern auch von vielen Besuchern gern genutzt. Gerade aus dem osteuropäischen Ausland kommen viele Einkäufer in die Landeshauptstadt, lassen hier gutes Geld und sorgen damit auch für Steuern und Arbeitsplätze in der Stadt.

Die Jungliberalen fordern jedoch, dass alle drei möglichen verkaufsoffenen Sonntage in der Adventszeit auch erlaubt werden sollen. Der Vorschlag der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat ist zwar ein vertretbarer Kompromiss, wird aber der Stellung unserer Stadt als weihnachtlicher Besuchermagnet nicht gerecht. Bis auf wenige Gebiete und Nürnberg gibt es keine vergleichbare Metropole in Deutschland, die so stark mit Weihnachten verbunden wird. Mit den Striezelmarkt und dem Christstollen haben wir zwei Aushängeschilder, die Dresden in der Weihnachtszeit auszeichnen.

Diesem Ruf kann die Stadt nur gerecht werden, wenn sie alle Möglichkeiten nutzt, um Weihnachtseinkäufe und Stadtbesuche soweit wie möglich attraktiv zu machen.

Beschlossen am 30.06.2010

Errichtung eines „Denkmals des unbekanntem Demokraten“

In der Stadt Dresden soll ein „Denkmal des unbekanntem Demokraten“ errichtet werden. Dieses soll den abstrakten Begriff „Demokratie“ verbildlichen. Deshalb soll es sich an einem lebhaften Ort befinden und kein abstraktes Kunstwerk, unscheinbare Stele oder verherrlichendes Monument sein. Es solle ein Denkmal sein, mit welchem man sich als normaler Bürger einfach identifizieren kann.

Beschlossen am 30.06.2010

Für eine saubere Stadt Dresden

Die Stadt Dresden wird aufgefordert den Abstand der Leerungszeiten der Papierkörbe, gerade an stark frequentierten Plätzen, zu verringern.

Ebenso fordern wir die Stadt Dresden auf, für mehr Hundetoiletten in Dresden zu sorgen und die Rate der Wiederbefüllung dieser Hundetoiletten zu erhöhen! Im Zuge dessen soll die Stadt für die Umsetzung des §7 (2) der Polizeiordnung der Landeshauptstadt Dresden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Dresden Sorge tragen.

Beschlossen am 17.12.2008

Für eine liberale Neustadt

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Polizeiverordnung über das Verbot der Alkoholabgabe an jedermann über die Straße durch Schank- und Speisewirtschaften in der Äußeren Neustadt aufzuheben.

Weiterhin lehnen wir eine Fortsetzung der Videoüberwachung im Umfeld der Alaunstraße/ Louisenstraße entschieden ab.

Beschlossen am 17.12.2008

Für ein studentenfreundliches Dresden

Die Jungliberale Aktion spricht sich für die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer aus.

Beschlossen am 17.12.2008

Tourismus in Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, für Sitzmöglichkeiten im Stadtgebiet zu sorgen. In welcher Form ist den Stadtvätern überlassen, gern auch in Verbindung mit dezenter und moderner Kunst zu präsentieren.

Die Stadt soll zu Veranstaltungen, zum Beispiel im Gebiet des Alten Schlachthofes, nicht gezielt Parksünder suchen und diese abzocken. Vielmehr soll die Stadt ein Parkkonzept für die einschlägigen Dresdner Veranstaltungsgebiete erstellen.

Beschlossen am 17.12.2008

Boulderfelsen in Dresden

Der Stadttreff möge beschließen: In Dresden z.B. im Ostragehege sollen Boulderfelsen von max. 3,5 m Höhe errichtet werden. Dafür fordern wir den Stadtrat auf, Flächen auszuschreiben bzw. einzurichten auf denen private Initiatoren diese einrichten können.

Beschlossen am 17.12.2008

Grillen in Dresden

Der Stadtreff möge beschließen: Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Stadt Dresden auf, dass Grillen an der Elbe, im Alaunpark und im Großen Garten freizugeben. Dazu sollen designierte Zonen eingerichtet werden die mit Bodenplatten und Metalleimern ausgebaut werden. Eine Anmeldung zur Nutzung dieser Bereiche soll nicht erforderlich sein und es wird keine Nutzungsgebühr erhoben. Verstöße gegen eine kurze, zu erstellende Nutzungsordnung (fachgerechte Entsorgung der Kohlereste in den Metalleimern, Verschmutzung etc.) sind mit Bußgeldern zu belegen.

Beschlossen am 17.12.2008

Liberales stehen zum Bürgervotum

Die Jungliberale Aktion Dresden bekräftigt ihre Forderung, die Perspektivwerkstätten und „Kompromissversuche“ über die Köpfe der Bürger hinweg einzustellen. Bürgerentscheid und Gerichtsurteile haben eindeutige Ergebnisse gezeigt. Jetzt ist die Zeit mit dem Bau der Brücke zu beginnen.

Die Jungliberale Aktion fordert alle maßgeblichen Politiker der FDP dazu auf, diese Position einhellig zu vertreten. Die Liberalen stehen zum Votum der Bürger und setzen demokratische Beschlüsse um. Amts- und Mandatsträger innerhalb der FDP Dresden müssen sich dieser Verantwortung bewusst sein. Die FDP Dresden darf nicht den Eindruck erwecken, sie rücke vom Bau der Waldschlößchenbrücke in der vom Bürgerentscheid beschlossenen Form ab.

Beschlossen am 13.06.2007

Feste Grilleinrichtungen schaffen

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich dafür ein, dass an verschiedenen Orten Dresdens mehr feste, gebührenfreie Grilleinrichtungen gebaut werden. Als Beispiele seien die Elbwiesen und die Umgebung von Studentenwohnheimen genannt.

Beschlossen am 13.06.2007

Grillen im Großen Garten grundsätzlich erlauben

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich dafür ein, dass Grillen im Großen Garten zu erlauben. Dafür sollen in ausreichender Zahl Grillplätze zur Verfügung gestellt werden.

Beschlossen am 13.06.2007

Den Großen Garten besser nutzen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die sächsische Schlösser- und Gärtenverwaltung auf, den Großen Garten Dresden besser für sportliche Aktivitäten nutzbar zu machen. Dazu gehören Wege, deren Untergrund zum Laufen und Joggen geeignet sind und dementsprechend beschildert werden. Außerdem fordern wir die Gestaltung von mindestens zwei geeigneten Flächen, die mit Geräten auszustatten sind, die für sportliche Übungen geeignet sind.

Beschlossen am 13.06.2007

JuliA Dresden für Eingemeindungen nach Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden unterstützt die Initiative der Dresdner FDP-Stadtratsfraktion, die Kreisgebietsreform und den guten Haushalt der Stadt für sinnvolle Eingemeindungsangebote an umliegende Gemeinden zu nutzen. Für den Fall, dass ein Eingemeindungsvorhaben angestrebt wird, ist ein Plebiszit in den einzugemeindenden Orten abzuhalten.

Beschlossen am 13.06.2007

Aufheben des Verkaufsverbotes von Alkohol der Dresdner Neustadt nach 22 Uhr

Die Jungliberale Aktion Dresden ist gegen ein Verkaufsverbot von Alkohol an Freitagen und Samstagen in Spätshops ab 22:00 Uhr in der Neustadt.

Beschlossen am 20.12.2006

Erleuchtung in Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Verantwortlichen der Stadt Dresden auf, sich dafür einzusetzen, die Frauenkirche nachts stärker zu beleuchten. Die Frauenkirche ist sowohl ein bedeutender Teil des Dresdner Selbstverständnisses, als auch eine wichtige touristische Attraktion. Sie sollte angemessen in Szene gesetzt werden.

Beschlossen am 14.12.2005

Ja zur Waldschlößchenbrücke

Nach über 10 Jahren anhaltenden Diskussion und Planungen haben es am 27. Februar 2005 die Dresdner Bürger selbst in der Hand genommen, abschließend über den Bau der Waldschlößchenbrücke zu bestimmen. Als Jungliberale Aktion Dresden (JuliA- Dresden) sprechen wir uns für den Bau der Waldschlößchenbrücke aus.

Wir rufen alle Dresdnerinnen und Dresdner dazu auf, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Als Jungliberale Aktion Dresden wollen wir die Befürworter der Waldschlößchenbrücke im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv unterstützen, damit viele Bürgerinnen und Bürger von Dresden für den Bau der Brücke stimmen.

Beschlossen am 15.12.2004

Müllentsorgung, preiswert, ökologisch, einfach!

Einführung

Umweltpolitik ist nur dann wirksam, wenn sie nicht nur ökologische Effekte erzielt, sondern zugleich auch wirtschaftlich und bürgerfreundlich ist! Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Müllentsorgung in Dresden und darüber hinaus zu organisieren.

Feststellung

Das derzeitige System der Mülltrennung hat zwar ökologische Fortschritte gebracht, ist aber teuer und verursacht unnötigen Aufwand. Der durch die Bürger vorsortierte Müll muss nochmals per Hand getrennt werden. Die Verwertung der Schlacke, die in Müllverbrennungsanlagen entsteht, ist weiter problematisch.

Lösung

Der Stand der Technik erfordert zumindest in Dresden keine Mülltrennung mehr. Durch die mechanisch-biologischen Müllverwertungsanlagen in Dresden kann sämtlicher Abfall in der Anlage getrennt und umweltfreundlich entsorgt bzw. weiterverwendet werden. Dadurch kann Aufwand in Form des Wegfalls von Mülltrennung per Hand und unterschiedliche Abfallbehältern verringert werden. Sämtlicher bis jetzt im Hausmüll und der gelben Tonne anfallender Abfall könnte in einer Mülltonne entsorgt werden.

Der Wegfall der giftigen Schlacke bei der Müllverbrennung sorgt für eine noch umweltfreundlichere Müllentsorgung. Im Ergebnis ist dieses Verfahren mit wenig Aufwand bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung verbunden.

Im Zusammenhang mit diesem Verfahren ist die Änderung des rechtlichen Rahmens vom Dualen System Deutschland zu überprüfen und ggf. so zu ändern, dass das o.g. Verfahren rechtlich anzuwenden ist.

Beschlossen am 09.04.2003

Personalstellen statt Kita- Plätze streichen

Die Julia Dresden kritisiert die Sparpläne von OB Roßberg im Bereich der Kinderbetreuung und Schule.

Wer den Ansprüchen von Gewerkschaften und Personalrat für einen unvermeidbar langsamen Personalabbau eher nachgibt als den Interessen der Kinder und deren Eltern findet nicht die Unterstützung der Jungliberalen Aktion Dresden. Durch die Kürzungen gefährdet Roßberg die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Väter und Mütter die ihre Kinder dadurch nicht in Kinderkrippen schicken können, gefährden den eigenen Arbeitsplatz bzw. die Chancen auf einen Neuen. Ziel einer wirksamen Sozialpolitik ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht die Verhinderung der Arbeitsaufnahme. Mit Einsparungen bei Bildung spart man nicht zuletzt an der Zukunft des Standortes Dresden.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert den Oberbürgermeister von Dresden auf, die Sparpläne im Bereich der Kinderbetreuung und Schule zurückzunehmen. Gleichzeitig ist ein schneller Personalabbau innerhalb der Verwaltung unabwendbar. Um von externen Entscheidungen im Bereich des Tarifvertrages unabhängig sein zu können, muss die Stadt Dresden aus dem Geltungsbereich des BAT- O austreten und einen neuen flexibleren Haustarifvertrag aushandeln. Am Beispiel Dresden zeigt sich, dass ein aus dem Lot gekommenes Sozialsystem mit überzogenem Kündigungsschutz und zu hohen Sozialabgaben letztendlich sozial schädlich ist. Mit flexibleren Regelungen und ohne die enormen Kosten der Stadt Dresden im Bereich der Sozialabgaben wäre die Lage der Landeshauptstadt deutlich besser. Nicht zuletzt kritisiert die Jungliberale Aktion Dresden die kommunenfeindliche Gesetzgebung auf Landes- und Bundesebene, welche eigene Wohltaten und unerledigte Sparmaßnahmen auf die Kommunen abwälzen.

Es muss vielmehr dem Grundsatz genüge getan werden, dass der der zahlt auch das Recht haben soll zu entscheiden, was er bezahlt oder wie er ggf. die Einnahmen beschafft. Dem Konnexitätsgrundsatz des Grundgesetzes muss mehr Beachtung geschenkt werden. Das Recht auf Selbstverwaltung nach Art. 28 Grundgesetz muss durch bessere Finanzierungsmöglichkeiten auf Seiten der Kommune endlich mit Leben gefüllt werden.

Eine evtl. Verfassungsklage der Stadt Dresden gegen den Bund oder das Land Sachsen würde die Jungliberale Aktion unterstützen.

Beschlossen am 16.10.2002

Innen und Recht

The internet is for porn - Rechtslage an Lebensrealität anpassen

Antragsteller: Kreisvorstand, Ferdinand Rath

Die öffentliche Verfügbarkeit von Pornographie, insbesondere auf Streaming-Websites, z.B. der MindGeek-Gruppe, ohne weitere Hürden, ist über die letzten beiden Jahrzehnte zur normalen gesellschaftlichen Realität geworden. Eine Studie in Polen zeigte, dass in den Altersgruppen von 13-47 jeweils über 45% der männlichen Population Pornographie online nutzte*. Weiterhin gaben in einer Studie von "Lust und Frust", Zürcher Fachstelle für Sexualpädagogik und Beratung 2012 von den männlichen Personen zwischen 13-17 Jahren 60% an, Pornographie zur Selbstbefriedigung, und 38% zum Spaß zu nutzen (n=643)**.

Im Kontext dieses realen Nutzungsgrades erscheint es anachronistisch, dass §184 StGB die im weitesten Sinne öffentliche Präsentation dieser Inhalte aus Gründen des Jugendschutzes unter Strafe stellt. Dies stellt aus unserer Sicht einen Wettbewerbsnachteil für deutsche Pornographieanbieter und Plattformbetreiber dar. Weiterhin betrachten wir es als unnötig, dass Filmvorführungen gegen Entgelt von content dieser Art unter Strafe stehen.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher die Streichung von §184 Abs. 1 Nr. 1-5 und 7-9 StGB.

*Lewczuk, K, Wojcik, A, Gola, M: Increase in the Prevalence of Online Pornography Use: Objective Data Analysis from the Period Between 2004 and 2016 in Poland, Archives of Sexual Behavior, 2018, <https://doi.org/10.1007/s10508-021-02090-w>

**Geiser, L: Abschlussbericht der Befragung Medien- und Pornografiekonsum von Jugendlichen in Stadt und Kanton Zürich, "Lust und Frust" Fachstelle für Sexualpädagogik, Zürich, 2012

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Stigmatisierung von Hepatitis und HIV-Positiver in Polizeidatenbanken beenden

Antragsteller: Daniel Wenzke, Eddie Friedrich, Thomas Gebhardt, Leon Jeske, Patrick Müller, Dominik Zoch

Die Jungliberale Aktion Dresden möge beschließen:

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Abschaffung der Kennzeichnung „ANST“ oder anderer Formen der Markierung von Hepatitis und HIV-Positiven im Informationssystem der Polizei.

Begründung: erfolgt mündlich.

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Si vis pacem - Waffenbesitz wieder salonfähig machen

Antragsteller: Kreisvorstand, Ferdinand Rath

Waffenbesitz in Deutschland wird mit zweierlei Maß gemessen. Nach jeglichem Einzelfall von Schusswaffengewalt, sei es Amoklauf, Terroranschlag oder sonstige Straftat, werden politisch einfache und günstige Scheinlösungen bevorzugt und das Waffengesetz für legale Waffenbesitzer wird weiter verschärft, anstatt den Fokus auf Prävention der Ursachen und Verfolgung von Gewaltdelikten zu legen. Nicht Waffen töten, Menschen tun es.

Als Folge politischer Kurzsichtigkeit werden legitime Interessen von Bürgern wie Sportschützen, Jägern, Sammlern (auch beginnenden), Menschen, die zum Zweck der Selbstverteidigung Waffen besitzen möchten, und technisch-historisch interessierten Bürgern unterlaufen.

Wir Liberale meinen, dass staatlicher Regelungsbedarf nur dort besteht, wo es ein messbares Problem gibt. Dies ist bei Waffenbesitz in Deutschland statistisch jedoch nicht der Fall:

In Deutschland gibt es ca. 32 Schusswaffen pro 100 Einwohner (davon 6,6 pro 100 legal) - wir sind also beim Waffenbesitz weltweit in der Spitzengruppe. Trotzdem liegt die Todesrate an Schusswaffen nur bei 1,04 pro 100.000 Einwohner und Jahr (vgl. USA: 12,21), und 0,91 davon sind Suizide sowie 0,06 Homizide (letzte Zahl vgl. USA 4,46, Brasilien 22,91). Im Vergleich sterben z.B. 4,1 pro 100.000 Einwohner und Jahr im Straßenverkehr. Das reale Risiko durch von anderen Personen ausgehende Schusswaffengewalt in Deutschland ist also im Vergleich zu anderen Risiken zu vernachlässigen.

Aus diesem Grund sehen wir Liberale in Deutschland keinen gegebenen Grund, Schusswaffen überzuregulieren. Im Gegenteil betrachten wir Waffenbesitz und seine Ausübung als sinnvolle Zeitgestaltung und legitimen Sport sowie ein Zeichen des Respekts eines Staates gegenüber seinen Bürgern, und erkennen die Vorteile einer einsatzbereiten, zeitgemäß konfliktfähigen Bewaffnung der Bevölkerung im Verteidigungsfall an.

Daher fordert die Jungliberale Aktion Dresden:

insbesondere die Abschaffung der Anzahlbeschränkung auf ein Regelbedürfnis bei der grünen Waffenbesitzkarte, sowie die Abschaffung von zeitlichen Begrenzungen der in einem bestimmten Zeiträumen erwerbbaaren Schusswaffen, und die Abschaffung der neu eingeführten Beschränkung der gelben Waffenbesitzkarte auf 10 Waffen.

die Abschaffung unnötiger Einschränkungen für Besitzer legaler Schusswaffen, die z.T. in den letzten Jahren eingeführt worden sind, insbesondere die Beschränkungen der Magazinkapazität, des Verbots bestimmter Schießübungen im Sportschießen (z.B. aus Deckung heraus oder in Bewegung), Ladebegrenzungen von halbautomatischen Waffen bei der Jagd.

die Legalisierung des Trainings im Verteidigungsschießen und kampfmäßigen Schießen für alle Bürger.

die Überführung bestimmter Waffen aus der aktuellen Kategorie "verboten" in "erlaubnispflichtig" (insbesondere Vorrichtungen, die das Ziel beleuchten oder markieren, jegliche Arten von Magazinen, Magazinkörpern und Zubehör zu diesen, Waffen mit eingebauten Magazinen, die eine bestimmte Kapazität überschreiten, Nachtsicht- und -zielgeräte sowie -vorsätze, Kurzwaffen für Zentralfeuermunition mit Kalibern bis 6,3 mm).

die Verlängerung der Fristen für die Erlangung der Sachkunde im Falle des Erwerbs von Waffen durch Erbe auf mindestens 3 Jahre.

die Anpassung und starke Abmilderung der EU-Feuerwaffenrichtlinie gemäß diesen Forderungen.

die Erhöhung der Energiegrenze für die generelle Ausnahme vom WaffG von 0,5 J auf 3 J - Softairs, auch vollautomatisch, sind keine Kriegswaffen.

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Normalisiert die Haushaltshilfe - haushaltsnahe Dienstleistungen vom zVE absetzbar machen

Antragsteller: Kreisvorstand, Ferdinand Rath

Je höher der Bildungsstand, desto geringer die Kinderzahl. Dies ist in Deutschland leider Realität: 49% der 45-49jährigen Frauen mit "hohem" Bildungsstand haben kein oder nur ein Kind*. Gleichzeitig altert die Gesellschaft und häusliche Pflegetätigkeiten gewinnen signifikant an Bedeutung. Beide Situationen haben gemein, dass ihre Lösungen Arbeitskraft erfordern - solche, die höher gebildete voll berufstätige Bürger nicht hinreichend gut in ihren Alltag integrieren können, sowie die das Potential hat, die Produktivität ihrer eigentlichen beruflichen Tätigkeit zu mindern.

Um übermäßige Belastung zu vermeiden und die Produktivität zu erhöhen, sind wir der Auffassung, dass unsere Gesellschaft arbeitsteilig gestaltet sein sollte - dies darf explizit vor Privathaushalten nicht Halt machen. Entsprechend ist es aus unserer Sicht notwendig, dass die Übernahme von u.a. Kinder- und Altenpflegetätigkeiten oder häuslichen Dienstleistungen und Instandhaltung durch im Sektor der privaten Haushalte angestellte Menschen mehr zur gesellschaftlichen Realität wird.

88% der privathaushaltlichen Reinigungskräfte in Deutschland sind schwarz beschäftigt**. Diese Kräfte haben entsprechend keine Absicherung durch die gesetzlichen Sozialversicherungen - obwohl sie diesen gesellschaftlichen Respekt für ihre Arbeit eigentlich verdienen.

Und letztlich ist die Bezahlung einer Haushaltshilfe momentan im Vergleich zur z.B. geschäftlichen Angestellten insbesondere für gut verdienende Haushalte steuerlich momentan deutlich schlechter gestellt: Haushaltsnahe Dienstleistungen können aktuell nur mit 20% der Kosten von der Einkommensteuerschuld abgesetzt werden - gedeckelt auf 4000€ Steuerersparnis pro Jahr (bei angestellten Minijobbern nur 510€ pro Jahr). Im Vergleich ist eine geschäftliche Angestellte (z.B. Sekretärin im Einzelunternehmen) Betriebsausgabe, mindert also direkt den Gewinn bzw. das zu versteuernde Einkommen (und ergibt entsprechend eine Steuerersparnis, die rund dem jeweiligen Grenzsteuersatz auf die Ausgabe entspricht - dieser liegt im Regelfall weit über 20%).

Wir JuLianer sind insofern der Auffassung, dass private Beschäftigung in dieser Hinsicht geschäftlichem Handeln gleichgestellt werden sollte, um Bürgern die

gleichberechtigte und nicht marktverzerrende Möglichkeit zu geben, Angestellte im Privathaushalt zu haben.

Wir fordern daher:

Haushaltsnahe Dienstleistungen und resultierende Nebenkosten sollen vom zu versteuernden Einkommen absetzbar gemacht werden - ohne Deckelung, und in jeder Form der Beschäftigung.

Die bestehende Regelung ist als Alternative beizubehalten, um Personen mit einem zVE unter ca. 30k€ nicht zur aktuellen Situation zu benachteiligen; die Deckelung hierbei soll entfallen.

*<https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/kinderzahl.html>

**<https://www.iwkoeln.de/studien/dominik-h-enste-verbretung-von-schwarzarbeit-wird-deutlich-unterschaetzt-487338.html>

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Legalisierung statt Ausnahme - Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren

Antragsteller: Theresa Uhlig, Ferdinand Rath

Wir Liberale sind der Auffassung, dass das Recht auf körperliche Selbstbestimmung einer Schwangeren, das durch einen Schwangerschaftsabbruch ausgeübt werden kann, bis zu einem angemessenen Zeitpunkt der Schwangerschaft nicht grundsätzlich durch §218 StGB kriminalisiert sein sollte, trotz Ausnahmeregelung. Die existierende Frist von 12 Wochen nach Empfängnis betrachten wir hierfür als angemessen. Gleichzeitig betrachten wir die Pflicht zur Beratung vor dem Abbruch als unnötiges Nudging vonseiten des Gesetzgebers.

Die JuliA Dresden fordert daher, §218 Abs. 1 so zu ändern, dass Schwangerschaftsabbrüche in dem genannten Zeitfenster grundsätzlich und ohne Bedingungen straffrei und nicht rechtswidrig sind. Dies kann z.B. durch die Einfügung von "nach Ablauf von 12 Wochen seit der Empfängnis" nach "Schwangerschaft" im §218 Abs 1 StGB geschehen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, entsprechende bestehende Vereinbarungen im Koalitionsvertrag auf Bundesebene unverzüglich umzusetzen.

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Der Staat muss Maß halten - zweckgebundene Abgaben statt Steuern

Antragsteller: Kreisvorstand, Ferdinand Rath

Wir Liberalen stehen für ein schlankes, möglichst einfaches und wirtschaftliches Steuersystem. Gleichzeitig erkennen wir an, dass gesellschaftliche Kosten, die durch bestimmte physische Gegenstände entstehen, durch die jeweils Nutzenden zu tragen sind, und dementsprechend einer bestimmten kostendeckenden konkreten Belastung unterliegen müssen. Jedoch sprechen wir uns dagegen aus, dass gegenstandsbezogene Belastungen zur Querfinanzierung anderer staatlicher Systeme verwendet und somit die Märkte bestimmter Güter unnötig verzerrt werden. Bei der Ausgestaltung dieser als Steuern allerdings ist eine Zweckbindung nicht zugelassen und diese Fehlentwicklung also nicht zu vermeiden.

Dieses Problem wird ganz besonders beim Straßenverkehr sichtbar: Nach Zahlen des Umweltbundesamtes* nimmt der deutsche Staat aus Kfz-Steuer, dem Anteil der Energiesteuer auf Kraftstoffe, die dem Straßenverkehr zuzuwenden ist, sowie der Lkw-Maut zusammen 47,79 Mrd € im Jahr ein, wohingegen für den Verkehrsträger Straße von Bund, Ländern und Kommunen nur ca. 19 Mrd € im Jahr investiert werden.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher die Umgestaltung aller Steuern auf konkrete Gegenstände in zweckgebundene Abgaben und Gebühren oder ähnliche Instrumente, für die jeweils ein getrennter kostendeckender Haushalt zu führen ist. Die Höhe dieser Abgaben ist lediglich an den realistischen Kosten zu orientieren, die der konkrete Gegenstand verursacht. Sollten einer Verbrauchssteuer keine gesellschaftlichen Kosten gegenüberstehen, hat sie zu entfallen.

Konkret fordern wir:

die Umgestaltung von Kfz-Steuer in eine Kfz-Abgabe und der Energiesteuer auf Kraftstoffe in eine Energieabgabe. Die Höhe dieser Abgaben soll sich primär an der aus der Nutzung resultierenden Abnutzung der Straßeninfrastruktur sowie dem urbanen Platzbedarf orientieren, und daher im Falle der Kfz-Abgabe nicht mehr vom Hubraum und CO₂-Ausstoß oder nahezu linear vom Gewicht, sondern z.B. von der Achslast des Fahrzeugs in deutlich nichtlinearer Form (vgl. "Vierte-Potenz-Gesetz"), der Fahrzeuglänge, und ggf. der Tatsache, ob es gewöhnlich auf Privatgrund steht, abhängen, erhöht um einen Pauschalbetrag für die Alterung der Infrastruktur. Wir fordern einen unabhängigen föderal aufgebauten Straßenverkehrswegehaushalt, bei dem die Einnahmen dem Abschnitt von Bund

und Ländern anteilig, denen der Kommunen proportional nach Anzahl der angemeldeten Fahrzeuge zufließen.

die Ersetzung der CO₂-Steuer durch den EU-ETS-Zertifikatehandel in ausnahmslos allen Bereichen, oder als Übergangskompromiss durch eine nationale Emissionsabgabe, deren Höhe an den tatsächlichen Kosten für nötige Maßnahmen zur vollständigen Kompensation des ausgestoßenen Treibhausgases und sonstiger Schadstoffe orientiert sind. In jedem Fall fordern wir die vollständige Ausgabe der eingenommenen Mittel für derartige Maßnahmen in einem eigenständigen Emissionskompensationshaushalt.

die Abschaffung der Energiesteuer auf alle nicht im Verkehr genutzten fossilen Energieträger, sowie die Abschaffung der Luftverkehrsabgabe. Für diese soll nur noch der Zertifikatehandel oder die o.g. Emissionsabgabe gelten.

die Ersetzung der Schaumwein-, Bier-, Zwischenerzeugnis-, Alkopop- und Alkoholsteuer durch eine einheitliche Alkoholabgabe, die sich an den tatsächlichen gesundheitlichen Folgekosten der Alkoholmenge orientiert und allen privaten Krankenversicherungen und gesetzlichen Krankenkassen proportional der Zahl der Versicherten zufließt.

die Ersetzung der Tabaksteuer durch eine analog ausgestaltete Tabakabgabe.

den Verzicht auf die Einführung einer Cannabissteuer, und ggf. die Einführung einer Cannabisabgabe, falls notwendig.

die Abschaffung der Kaffeesteuer.

*Link, H, Kunert, U: Staatliche Einnahmen und Ausgaben im Verkehrssektor: Analyse der Datensituation und konzeptionelle Erfordernisse für eine Finanzierungsrechnung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 2017

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Alarmstufe rot... nicht nur auf der Damentoilette - Stigmatisierung und Unverständnis gegenüber Menstruierenden entgegenwirken

Antragstellerin: Kreisvorstand, Sarah Böhme

Die Menstruation wird auch heute noch weitestgehend als reine "Frauensache" abgestempelt und- tabuisiert. Trifft das Thema bereits allgemein auf wenig offenen Umgang in der Gesellschaft, sind es vor allem Menstruierende, die sich nicht als Frauen definieren, die sich alltäglich mit Stigmatisierung und Unverständnis gegenüber ihrer Menstruation konfrontiert sehen. Das muss sich ändern.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher, dass der Zugang zu Menstruationsprodukten nicht nur Frauen, sondern menstruierenden Menschen jeden Geschlechts einfacher gemacht werden soll. Konkret wollen wir, dass in allen öffentlichen Gebäuden nicht nur auf der Damentoilette, sondern auch für Nutzer der Herrentoilette zugänglich, Automaten aufgestellt werden, in denen entsprechende Hygieneprodukte kostenfrei zur Verfügung stehen.

Begründung: erfolgt mündlich.

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Weil ohne Ehrenamt nichts geht - Zukunft des Gefahrenschutzes sichern

Gefahrenabwehr sowie Zivil- und Katastrophenschutz funktionieren in Deutschland nicht ohne ehrenamtliches Engagement. Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ihrer Freizeit in Organisationen wie Freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, Sanitätsdiensten und Rettungsgesellschaften an Land und zu Wasser. Ohne diesen freiwilligen Einsatz könnte der Schutz der Bevölkerung im Gefahrenfall nicht gewährleistet werden.

Der herausragenden Bedeutung dieser ehrenamtlichen Tätigkeiten steht ein gravierender Nachwuchsmangel gegenüber. Neben dem demografischen Wandel sehen wir insbesondere fehlende Anreizstrukturen als mitursächlich hierfür an. Diesem Nachwuchsmangel wollen wir folgendermaßen entgegenwirken:

1. Anreize schaffen durch Berücksichtigung des ehrenamtlichen Engagements für die Altersvorsorge

Wir fordern, dass das ehrenamtliche Engagement in der Gefahrenabwehr sowie dem Zivil- und Katastrophenschutz sich positiv auf die Altersvorsorge auswirken soll. Dazu soll das jeweilige Bundesland für jeden derart tätigen Ehrenamtler einen jährlichen Pro-Kopf-Beitrag in einen durch den Bund eingeführten kapitalgedeckten Altersvorsorgefond einzahlen. Der Fond und seine Leistungen sollen sich primär an diejenigen Ehrenamtler richten, die innerhalb der Organisation Aufgaben übernehmen, die direkt Schutzaufgaben darstellen oder ermöglichen.

Dabei soll die Bundesrepublik Deutschland entscheiden können, ob sie sich für ein Fond, angeboten durch die Finanzwirtschaft, entscheidet oder einen eigenen Fond initiiert. Im letzteren Fall sollen Verwaltung und Management des Fonds privatwirtschaftlich erfolgen und aller fünf Jahre öffentlich ausgeschrieben werden. Für beide Varianten müssen hohe Stabilitätskriterien und niedrige Verlustrisiken für den Fond gewährleistet sein und nachgewiesen werden.

Die Auszahlung von Beträgen aus dem Fond an den Ehrenamtler soll mit Eintritt in den Ruhestand erfolgen.

Als Kriterien für Bezüge aus einem solchen Altersvorsorgefond müssen mindestens gelten:

- eine Mindestdauer des ehrenamtlichen Engagements (bspw. 5 Jahre)
- Nachweis der Erbringung einer festzulegenden Mindestleistung, bzw. -teilnahme (an Ausbildungen, Fortbildungen, Einsätzen etc.)

2. „Tag des Ehrenamts“ zur Stärkung der Bekanntheit entsprechender Betätigungsmöglichkeiten

Zur Nachwuchsgewinnung ist es für in Gefahrenabwehr sowie Zivil- und Katastrophenschutz ehrenamtlich tätige Organisationen wichtig, dass diesen ausreichend Möglichkeiten gewährt werden, sich und ihr Angebot jungen Menschen vorzustellen. Dazu sollen Schulen regelmäßig, aber mindestens einmal im Jahr, analog zu Projekttagen einen „Tag des Ehrenamts“ durchführen. Dabei können sich entsprechende Organisationen bspw. in der Schule oder auf einem übergeordneten „Markt der Möglichkeiten“ vorstellen, bzw. Schulen Ausflüge zu diesen Organisationen durchführen. Zudem fordern wir, dass die Länder flächendeckend Schulsanitätsdienste fördern sollen und das Vorhandensein eines Schulsanitätsdienstes an möglichst vielen Schulen angestrebt wird.

Beschlossen am 30.11.2019

Moderne Scharlatanerie unterbinden

Homöopathie hat keinerlei nachgewiesene pharmakologische Wirkung. Dennoch wird Homöopathie von Ärzten als Heilmittel verschrieben, von Apotheken verkauft und von Krankenkassen bezahlt. Dadurch entsteht jährlich ein Schaden in Milliardenhöhe, der auf alle Beitragszahler der gesetzlichen Kassen umgelegt wird. Möglich macht dies der Paragraph 38 des AMG (Arzneimittelgesetz).

Wir fordern daher, dass § 38 AMG dahingehend geändert werden soll, dass homöopathischen Arznei-Produkten ein wissenschaftlicher Wirkungsnachweis vorliegen muss, wie es für Arzneimittel laut AMG notwendig ist. Eine Bezahlung homöopathischer Arzneimittel durch private Krankenkassen soll weiter möglich sein.

Beschlossen am 06.07.2019

Abschaffung der Erfassung des Geschlechts eines Menschen durch den Staat

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Abschaffung der Erfassung des Geschlechts eines Staatsbürgers der Bundesrepublik Deutschland durch deutsche staatliche Einrichtungen.

Ausgenommen hiervon sollen Situationen sein, in denen die Arbeit einer Behörde oder Institution erheblich behindert werden würde, beispielsweise in der Strafverfolgung, oder in welchen der Schutz eines Menschen unmittelbar mit seinem Geschlecht zusammenhängt (Psychotherapie, Frauen- und Männerhäuser). Ausgenommen davon soll außerdem die Teilnahme am geschlechtlich sortierten Vereins- und Leistungssport sein.

Beschlossen am 06.07.2019

Medialen Jugendschutz neugestalten

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert grundlegende Veränderungen im medialen Jugendschutz in Deutschland, bei der Indizierung von Medien und die Abschaffung der Listen C und D nach §18 des Jugendschutzgesetzes.

Jugendschutz statt Entmündigung volljähriger Bürger

Jugendschutz liegt auch im Aufgabenbereich des Staates. Dennoch darf diese Verantwortung nicht dazu dienen, volljährige Bürger zu bevormunden. Daher soll keine Indizierung mehr ohne Beschlagnahme erfolgen. Somit wäre der Jugendschutz gewährleistet, ohne das volljährigen Bürgern diese Titel vorenthalten würden.

Darüber hinaus sollen aus Gründen der Transparenz, die Listen C und D nach §18 des JuSchG, abgeschafft werden. Die darin enthaltenen Titel sollen in die Listen A, bzw. B, eingegliedert werden.

Darüber hinaus ist es zur Sicherung des Jugendschutzes notwendig bei der Umsetzung dieser Maßnahmen auch freiwillige Selbstkontrollen im Bereich Musik und Literatur zu schaffen. Dazu soll ein dem FSK ähnliches Siegelsystem für Tonträger und Literatur geschaffen werden, damit die vorangestellten Maßnahmen, auch für diese Bereiche mit dem Jugendschutz verträglich sind.

Eine wirkliche Selbstkontrolle im Jugendschutz

Zukünftig sollen für die Siegelentscheidungen der USK-Gremien Vertreter der Wirtschaft nicht mehr kategorisch ausgeschlossen werden. Dies ist bereits Standard im Filmäquivalent FSK und würde schlussendlich auch die schaffenden Bereiche im Videospielebereich in die Verantwortung nehmen.

Daher soll der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) dahingehend verändert werden, dass die jeweils zuständige Landesjugendbehörde dazu verpflichtet wird, den Schaffern der Werke auch die Möglichkeit zu geben, über die Alterseinstufung ihrer Produkte final mitzuentcheiden.

Beschlossen am 08.12.2018

Für faires Gaming – Kennzeichnungspflicht für Mikrotransaktionen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Kennzeichnungspflicht von Mikrotransaktionen, welche das Spiel aktiv beeinflussen und Vorteile zur Folge haben, bei Computer-, Konsolen- und Handyspielen.

Die Titel sollen mit Hilfe eines gut einsehbaren Zeichens darauf verweisen, dass bestimmte Inhalte nur durch weiteren kostenpflichtigen Erwerb nutzbar sind.

Kostenfreie Spiele bleiben von der Kennzeichnungspflicht ausgeschlossen.

Beschlossen am 08.12.2018

Investitionsstau beseitigen – Umweltschutz sicherstellen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert, dass Anfechtungsklagen oder Widersprüche gegen Planfeststellungsbeschlüsse, die Projekte des vordringlichen Bedarfs der Bundes- und Landesverkehrswegepläne oder wichtige Investitionsvorhaben betreffen, keine aufschiebende Wirkung mehr haben sollen. Hierzu sind gemäß §80 Abs.2 Nr. 3 VwGO die Verkehrswegebautengesetze des Bundes und der Länder zu ergänzen.

Wird gegen einen Planfeststellungsbeschluss Einspruch oder Anfechtungsklage erhoben, sind die Gegenstände des Einspruchs bzw. der Klage zu untersuchen. Zu prüfen ist insbesondere, ob von einem geplanten Vorhaben:

- weitere bedrohte Tier- und Pflanzenarten betroffen sind
- bereits erfasste Arten stärker, als in der Umweltverträglichkeitsprüfung berücksichtigt, betroffen sind
- die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen geeignet sind, negative Einflüsse des Projekts auf geschützte Tier- und Pflanzenarten sowie geschützte Flächen und Objekte auszugleichen

Die Nichtigkeit des Planfeststellungsbeschlusses tritt nur dann ein, wenn die für den Beschluss zugrunde gelegte Umweltverträglichkeitsprüfung durch Fahrlässigkeit oder Vorsatz hervorgerufene, schwerwiegende Mängel aufweist und so nicht mehr den allgemein anerkannten Regeln von Wissenschaft und Technik entspricht. Andernfalls sollen durch das Gericht oder die zuständige Behörde zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen zum Schutz der betroffenen Tier- und Pflanzenarten sowie geschützter Flächen und Objekte angeordnet werden.

Die zugrundeliegenden Rechtsverordnungen, insbes. BNatSchG, VwVfG und VwGO sind entsprechend anzupassen. Zur Vermeidung von Konflikten sollen zukünftig, insbesondere wenn Flächenschutzgebiete von Planungen betroffen sind, bereits im Vorfeld der Planfeststellung Mediationsverfahren mit Anwohnern und zur Verbandsklage berechtigten Vereinigungen verstärkt zum Einsatz kommen.

Beschlossen am 08.12.2018

Keine dubiosen Doppelstrukturen – UNRWA abschaffen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Auflösung des UN-Hilfswerks für Palästina-Fluchtlinge (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, kurz: UNRWA). Seine Aufgaben und Zuständigkeiten sollen von bestehenden und geeigneten UN-Institutionen, z.B. dem UNHCR, übernommen werden. Die Bundesrepublik Deutschland soll schrittweise die eigenen jährlichen finanziellen Unterstützungen des UNRWA absenken.

Beschlossen am 08.12.2018

Für eine Reform des Abtreibungsrechts

Die Jungliberale Aktion Dresden spricht sich für eine grundlegende Reform des Abtreibungsrechts aus. Im Einzelnen fordern wir:

- Eine uneingeschränkte Fristenlösung, nach der der Schwangerschaftsabbruch in den ersten 12 Wochen nach der Empfängnis grundsätzlich und ausdrücklich nicht rechtswidrig ist, wenn er von einem Arzt auf Verlangen der Schwangeren durchgeführt wird. Die Pflicht der Schwangeren, sich vor dem Abbruch einer Schwangerschaftskonfliktberatung (§ 219 StGB) zu unterziehen, entfällt. Schwangerschaftsabbrüche, die nach der 12. Woche vorgenommen werden, sollen selbstverständlich wie bisher ebenfalls straffrei (nicht rechtswidrig) sein, wenn sie nach ärztlicher Erkenntnis zum Schutz des Lebens und der körperlichen und seelischen Gesundheit der Schwangeren angezeigt sind (Indikationslösung).
- Die Abschaffung des § 219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft), da dieser nicht nur reine „Werbung“ für Schwangerschaftsabbrüche, sondern in vielen Fällen selbst neutrale Information darüber kriminalisiert. Schwangere müssen ein Recht darauf haben, sich offen und vollumfassend über Schwangerschaftsabbrüche informieren zu können.

Wir bedauern die Folgen der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der eine reine Fristenlösung mit der Würde des Menschen und der staatlichen Pflicht zum Schutz des ungeborenen Lebens unvereinbar sei. Aus der Menschenwürde folgt für uns, dass Schwangere das Recht und die Freiheit haben müssen, selbst über die Fortsetzung einer ungewollten Schwangerschaft entscheiden zu dürfen. Das Selbstbestimmungsrecht der schwangeren Frau über ihren eigenen Körper hat für uns eine hohe Bedeutung.

Hinzu kommt, dass es schon jetzt höchst fragwürdig ist, inwieweit die aktuelle Gesetzeslage, nach der ein Schwangerschaftsabbruch im Rahmen der Fristenlösung zwar straffrei aber nicht ausdrücklich nicht rechtswidrig ist, dem entsprechenden Einwand mehr als nur dem Wortlaut nach Rechnung trägt. Eine gesetzliche Klarstellung, dass auch ein Schwangerschaftsabbruch unter der Fristenlösung ausdrücklich nicht rechtswidrig ist, halten wir für zeitgemäß und dringend angebracht.

Zu weiteren Reduktion der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche setzen wir stattdessen auf Prävention zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften. Dazu gehört z.B. ein verbesserter Aufklärungsunterricht an Schulen der der immer noch existierenden Tabuisierung des Themas Schwangerschaftsabbruch entgegenwirken muss und auch betont, dass Verhütung und Vermeidung von Schwangerschaft in die Verantwortung beider Partner fallen. Dazu gehört auch eine stärkere Sensibilisierung für die Themen des anderen Geschlechts.

Weiterhin sollen minderjährige Schwangere verpflichtend an einer psychosozialen Beratung teilnehmen müssen - unabhängig davon, ob sie sich für den Abbruch der Schwangerschaft entscheiden. Dies erachten wir für notwendig damit die Entscheidung über den Abbruch oder die Austragung der Schwangerschaft frei von äußerem Druck gefällt werden kann.

Beschlossen am 20.06.2018

Die Zukunft gehört der Jugend - Politische Mitbestimmung junger Menschen verbessern!

Die Jungliberale Aktion Dresden spricht sich für die Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen in den Kommunen aus.

Aufgrund ihres Alters wird Jugendlichen der Urnengang verwehrt und damit die Teilnahme an einem wichtigen Teil politischer Gestaltungsprozesse. Als Junge Liberale betrachten wir es daher als notwendig, Möglichkeiten politischer Teilhabe und Mitgestaltung Jugendlicher zu schaffen und zu stärken.

Aus diesem Grund sollen die sächsischen Gemeinden verstärkt Instrumente der Jugendbeteiligung schaffen, etablieren und fördern. Dies ist unter anderem in Form von Jugendbeiräten denkbar. Diese könnten bspw. einem der folgenden Grundtypen entsprechen:

- 1 Ein offenes Diskussionsforum, welches regelmäßig stattfindet und an dem jeder Jugendliche der Gemeinde teilnehmen kann.
- 2 Ein Gremium mit gewählten jugendlichen Vertretern, welche sich mit den kommunalpolitischen Anliegen von Jugendlichen auseinandersetzen.
- 3 Ein Gremium mit gewählten jugendlichen Vertretern, das aber weiterhin offen für Jugendliche als Diskussionsforum zu kommunalpolitischen Angelegenheiten bleiben soll.

Diese Jugendbeiräte sollen mit einem Rede- und Antragsrecht im jeweiligen Gemeinderat ausgestattet werden. Des Weiteren müssen diese durch die Gemeinde rechtlich legitimiert und mit einem Budget, über welches sie selbstständig verfügen können, ausgestattet sein. Die Gemeinden sollen somit verpflichtet werden, die durch die Jugendbeiräte formulierten Interessen anzuhören und zu berücksichtigen. Außerdem sollen den Jugendbeiräten Vertreter des Gemeinderats als gewählte Berater, mit unterstützender Funktion, angehören.

Über diese Möglichkeit der politischen Teilhabe soll durch die jeweiligen Gemeinden informiert werden.

Beschlossen am 6.12.2017

Sch(I)uss mit tödlichen Überraschungen - „Drug Checking“ ermöglichen!

1. Präambel

Beim Konsum illegaler Drogen kommt es auch heutzutage noch häufig zu Unfällen, oftmals mit tödlichem Ausgang. Viele dieser Unfälle sind auf Überdosierungen und Verunreinigungen der konsumierten Substanzen zu rückzuführen. Diese Vorkommnisse sind auch auf die Unkenntnis der Konsumenten, bezüglich der Zusammensetzung, der Reinheit etc. der konsumierten Drogen zurückzuführen. Für Konsumenten, speziell für die suchtkranken unter ihnen, ist es nahezu unmöglich, an verlässliche Informationen über die, auf einem illegalen und illegalisierten Markt, angebotenen und erworbenen Substanzen zu gelangen.

Die Jungliberale Aktion Dresden sieht in der Politik der absoluten Prohibition kein geeignetes Mittel, diesem tödlichen Problem Herr zu werden - Die JuliA Dresden unterstützt daher „Safer Use“-Strategien ausdrücklich.

2. „Drug Checking“ legalisieren - Ein Betrag zum Schutz von Menschenleben

Im sogenannten „Drug Checking“ erkennen die Dresdner Jungliberalen einen Ansatz mit Potential, die Anzahl tödlicher Unfälle zu minimieren. Wir fordern daher, die Legalisierung sog. „Drug Checking Labs“, in welchen Konsumenten anonym die Identität, Reinheit und Konzentration von Drogen testen lassen können.

3. „Drug Checking“ sinnvoll umsetzen - Eine Konzeptskizze

Um das Leben schützende Potential des „Drug Checking“ ausschöpfen zu können, ist ein durchdachtes Konzept zu entwickeln. Für die Jungliberalen ist die Beachtung folgender Punkte bei der Entwicklung eines sinnvollen Programms unerlässlich:

i. Konsumenten muss es möglich sein, ihre Substanzen anonym in einem „Drug Checking Lab“ testen lassen zu können. Die Mitarbeiter der Labore müssen einer Schweigepflicht unterliegen.

ii. Ein „Drug Checking Lab“ muss, damit es den Betrieb aufnehmen kann, lizenziert werden. Eine nötige Lizenz kann durch das Gesundheitsamt erteilt

werden. Voraussetzung für die Erteilung dieser Lizenz ist die Erfüllung folgender Kriterien:

a) Die Anonymität ist sicherzustellen.

b) Es muss nachgewiesen werden, dass kein Handel oder Weiterverkauf mit den Proben betrieben wird.

c) Der Betreiber muss zusätzlich zu den Laboruntersuchungen auch Aufklärungs- und Suchtberatung durch geeignet qualifiziertes Personal anbieten.

iii. Die Betreiber der Labore dürfen für den Besitz der Proben nicht strafrechtlich verfolgt werden.

iv. In den Räumlichkeiten und im unmittelbaren Umfeld der „Drug Checking Labs“ sollen Konsumenten nicht strafrechtlich verfolgt werden dürfen. Ähnlich wie bei Konsumräumen soll die Polizei dort auf eine Strafverfolgung von Konsumenten verzichten. Die Labore dürfen aus den Untersuchungen gewonnene Daten nicht zum Zwecke der Strafverfolgung weitergeben. Die Speicherung von Daten zur untersuchten Substanz soll nur zu wissenschaftlichen und statistischen Zwecken erlaubt sein.

Beschlossen vom Kreisvorstand am 18.12.2016

Keine Experimente – Einfach wählen gehen!

Die Legitimation jeglichen staatlichen Handelns ergibt sich in einer Demokratie aus den Ergebnissen öffentlicher Wahlen und Abstimmungen. Ein weitreichendes Vertrauen in die Integrität und Zuverlässigkeit des Ablaufs dieser Wahlen ist daher eine absolute Grundvoraussetzung, um diese Legitimation aus Sicht der Öffentlichkeit sicherzustellen. Das deutsche Wahlverfahren hat sich über Jahrzehnte bewährt. Änderungen, die reinem Aktionismus und einem falschen Fortschrittsverständnis entsprechen, sehen wir deshalb kritisch.

Wahlcomputer schaffen Probleme, die wir ohne sie nie gehabt hätten

Insbesondere lehnen wir den Einsatz elektronischer oder rechnergesteuerter Wahlgeräte ("Wahlcomputer") konsequent ab. Deren vermeintliche Vorteile, wie etwa ein schnelleres Auszählen, stehen in keinem Verhältnis zu den mit ihrem Einsatz einhergehenden Problemen. Das konventionelle Verfahren mittels Stift und Stimmzettel ist transparent und für jeden nachvollziehbar. Elektronische Verfahren können in diesen Punkten schon aus technischen Gründen nicht mithalten.

Als Sonderfall können wir uns lediglich den Einsatz von Zählcomputern zur Unterstützung der Stimmzettelauszählung vorstellen, wie etwa durch eine automatische Auswertung eingescannter Stimmzettel. Dabei muss jedoch sicher gestellt sein, dass eine manuelle Auszählung zur Kontrolle weiterhin genauso möglich ist wie bisher.

Noch problematischer sind derzeit weitergehende Vorschläge, wie beispielsweise Wahlen über das Internet oder per SMS abzuhalten. Die Notwendigkeit, dabei den Abstimmenden als Wahlberechtigten zweifelsfrei zu authentisieren, steht im grundsätzlichen Widerspruch zum Grundsatz der geheimen Wahl. Weiterhin wäre die Absicherung gegen mögliche Manipulationen bei

derartigen Verfahren weitaus schwieriger als bei Verfahren der persönlichen Stimmabgabe.

Zuhause steht keine Wahlkabine

Das steigende Bedürfnis, bei der Stimmabgabe nicht mehr an den Wahltag und das lokale Wahllokal gebunden zu sein, darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, um unzumutbare Hürden für die Beteiligung an Wahlen zu vermeiden.

Als zusätzliche Variante neben der Briefwahl fordern wir daher eine Ausweitung der Möglichkeiten der vorzeitigen persönlichen Stimmabgabe.

Jeder Wähler soll die Möglichkeit haben, innerhalb eines ausreichenden Zeitraums vor dem Wahltag seine Stimme ohne vorherige Anmeldung an entsprechenden Stimmabgabestellen abzugeben. Dafür sind entsprechende Abgabestellen in ausreichender Zahl und Dichte im gesamten Wahlgebiet einzurichten. Die Flexibilität, an jeder solchen Abgabestelle des jeweiligen Wahlkreises seine Stimme abgeben zu können und dabei gleichwohl eine mehrfache Stimmabgabe zu verhindern, kann durch ein zentrales, stets aktuell gehaltenes, elektronisches Wahlregister ermöglicht werden. Dies würde es erlauben, jederzeit zu überprüfen, ob ein Wähler seine Stimme nicht bereits schon an anderer Stelle abgegeben hat.

Beschlossen vom Kreisvorstand am 18.12.2016

Skandinavisches Jedermannsrecht auch in Deutschland

In verschiedenen Ausführungen gilt in fast allen skandinavischen Ländern das "Jedermannsrecht", welches ein freies und verantwortungsvolles Verhältnis zwischen Mensch und Wildnis erlaubt. Die Jungliberale Aktion Dresden fordert, ein ähnliches Modell auch in Deutschland zu etablieren. Dabei sollen grob folgende Maßgaben gelten:

Bewegung in der Natur: Mit nicht-motorisierten Fortbewegungsmitteln, die zudem wenig eingriffig sind, darf sich uneingeschränkt in der Wildnis bewegt werden.

Übernachtungen im Freien: Das Zelten/Übernachten unter freiem Himmel ist in der freien Natur grundsätzlich gestattet, am gleichen Ort allerdings maximal 3 Tage. Ein Abstand zu Häusern etc. von mindestens 200m ist zu wahren.

Feuer: Auch das Entfachen von Feuer soll im Zeitraum vom 15.September bis 15.April grundsätzlich erlaubt sein. Dabei ist der verantwortungsvolle Umgang besonders zu gewichten.

Exkremete sind natürlich: In der freien Wildnis, abseits der Sichtweite von Unterkünften, Menschen u.ä. soll das Ausscheiden von Exkrementen legal sein. Kot ist zu vergraben. Auch hier gilt ein Mindestabstand von Häusern u.ä. von 200m.

Achtung von Privatgrundstücken und -eigentum: Umzäunte Privatgrundstücke dürfen im Allgemeinen auch weiterhin nicht betreten werden. Kultivierte Felder sind nur durch die Nutzung von Wegen o.ä. zu überqueren.

Unversehrtheit wahren: Es ist von jedem, der von diesem Recht Gebrauch machen will, die Unversehrtheit der Natur zu wahren. Dazu gehört das Mitnehmen von Abfällen, die während eines Aufenthalts in der Natur entstehen. Weiterhin ist das Jedermannsrecht in Nationalparks entsprechend einzuschränken. Übernachtungen können gleichwohl stattfinden, Zelten soll dort aber beispielsweise nicht erlaubt sein.

Beschlossen am 07.12.2016

Nur Homophobie ist heilbar – Gegen „Homo-Heilungen“!

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert ein Verbot der Konversionstherapie (bekannt als sog. „Homo-Heilung“) an Minderjährigen zum Schutz der freien Entwicklung ihrer Sexualität.

Weiterhin fordern wir das Ende der Anerkennung dieser Art von Therapieangeboten bei Krankenkassen.

Beschlossen am 07.12.2016

Übertragung von Betrieben

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert, die Übertragung von Betrieben im Wege der vorweggenommenen Erbfolge steuerlich zu entlasten. Insbesondere soll darauf hingearbeitet werden, Erleichterungen rechtsformunabhängig zugänglich zu machen.

Beschlossen am 08.06.2016

Für eine Willkommenskultur mit Zukunft

Die Jungliberale Aktion Dresden befürwortet und unterstützt die Aufnahme von Flüchtlingen und anderen Asylsuchenden in unserer Stadt. Unserem liberalen Leitbild folgend ist es für uns selbstverständlich, Menschen, die Schutz und ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde suchen, bei uns willkommen zu heißen.

Dabei sollte die finanzielle Belastung der Stadt Dresden so gering wie möglich gehalten werden. Die Jungliberale Aktion Dresden macht daher verschiedene Vorschläge, wie die Kosten verringert werden können und eine nachhaltige Nutzung von Aufnahmeeinrichtungen ermöglicht werden kann.

Die Errichtung von temporären Notaufnahmeeinrichtungen soll möglichst wenig durch Baustandards reglementiert werden. Die bauliche Sicherheit, der Schutz vor Kälte, Hitze, Feuchtigkeit etc., die Einhaltung menschenwürdiger hygienischer Zustände usw. sind selbstverständlich sicherzustellen. Die Einhaltung von bspw. Energie- und Umweltstandards und -Auflagen sollte allerdings zweitrangig sein.

Beim Bau temporärer Komplexe stellt sich zurzeit das Problem, dass eine Versorgung über sog. Container-Bauten nicht sichergestellt werden kann, da diese nur schwer verfügbar sind. Daher unterstützt die Jungliberale Aktion Dresden die Errichtung von Gebäuden in Fertigteilbauweise. Unter fachkundiger Anleitung (Firmen aus den Branchen Bau, Zimmermannswesen, Sanitäranlagen, Elektro- und Energieversorgung etc.) und auf freiwilliger Basis(optional: gegen Vergütung der geleisteten Arbeitsstunden) könnten die zukünftigen Bewohner bei der Errichtung der Gebäude handwerklich mitarbeiten. Dies ermöglicht Asylsuchenden, den tristen Alltag zu durchbrechen und einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen. Des Weiteren ermöglicht es Firmen aus dem Handwerk, neue Auszubildende anzuwerben. Die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten können Asylsuchende bei einer späteren Arbeitssuche oder einer Bewerbung auf Auszubildendenstellen bzw. Studienplätze als Qualifikation einbringen.

Werden zur Aufnahme von Asylsuchenden Gebäude in massiver Bauweise errichtet, so soll bei deren Projektierung eine nachhaltige Nutzung bedacht werden. Daher sollten die Gebäude so geplant werden, dass sie nach einer Nutzung als Asylunterkunft (z.B. im Zuge einer Entspannung der Flüchtlingssituation) mit geringem baulichem Aufwand in Mietwohnungen umgewandelt werden können. Die Stadt Dresden soll die umgebauten ehem. Asylunterkünfte dann zum Kauf ausschreiben, sodass diese dann dem freien

Wohnungsmarkt als Mietobjekte zur Verfügung stehen. Alternativ sind auch Nutzungen als Studenten-, Auszubildenden- oder Schülerunterkünfte denkbar.

Weiterhin appellieren wir an die Verantwortlichen in der Stadt, mit Weitsicht in die Zukunft zu schauen. Es ist davon auszugehen, dass es auch weiterhin zu politischen und humanitären Krisensituationen in Teilen der Welt kommen wird. Daher sollte bedacht werden, dass es immer wieder zu Zeiten gesteigerten Asylzustroms kommen kann. Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher von der Stadt, sich frühzeitig Gedanken über die Standorte möglicher Notunterkünfte zu machen, sodass zügig gehandelt werden kann, wenn es die Lage erfordert.

Wir fordern darüber hinaus von der Bundesregierung eine bessere Organisation der Flüchtlingskrise und eine bessere Unterstützung der Kommunen. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Asylsuchenden ist auf das Nötigste zu beschränken und die Möglichkeiten zur Aufnahme einer Arbeitstätigkeit sind zu entbürokratisieren. Insbesondere die strengen Nachweispflichten für Arbeitgeber und die Hürden bei der Anerkennung der Ausbildungen sind zu vereinfachen. Eine Isolation der Asylsuchenden in immer größeren Asylheimen stellt für uns langfristig keine adäquate Lösung dar. Sollten, sofern dies nicht zu vermeiden ist, große zentralisierte Unterkünfte weiterhin eingerichtet werden, ist eine frühzeitige und umfassende Information der Anwohner notwendig, um Vorurteilen und Ängsten entgegenzuwirken. Einwanderung und Integration sind für Deutschland eine entscheidende Möglichkeit für die Beibehaltung unseres hohen Lebensstandards und stellen keine Gefahr dar. Die Residenzpflicht ist abzuschaffen.

Beschlossen am 09.12.2015

Eigentum Schützen

Die Jungliberale Aktion Dresden sieht den Schutz des privaten Eigentums vor dem Zugriff staatlicher und institutioneller Willkür als elementaren Pfeiler einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung. Daher lehnen wir Beschlagnahmungen und Enteignungen, bspw. zum Zwecke der Schaffung von Asylunterkünften, ab.

Beschlossen am 09.12.2015

Möglichkeiten zur privaten Unterstützung von Flüchtlingen verbessern

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadtverwaltung auf, zusätzlich zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern Möglichkeiten zur privaten Unterstützung von Flüchtlingen zu verbessern

Eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern ist der Heimunterbringung vorzuziehen. Da es aber nicht Aufgabe der Stadt ist, Wohnungen auf Vorrat vorzuhalten und es innerhalb weniger Monate nicht möglich ist, einen Bestand für mehrere hundert Asylbewerber zu erwerben, soll sich die Stadt um einen dritten Weg bemühen. Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich für die Koordinierung von Bürgerschaftsübernahmen für Asylbewerber und einen Modellversuch des Tandem-Modells zur Unterbringung von Flüchtlingen ein:

Mit Bürgerschaftsübernahmen ist das Ersuchen und Werben um Flüchtlingsinitiativen innerhalb der Dresdner Bevölkerung gemeint, in der sich Bürger zusammenfinden und jeweils einen oder mehrere Asylbewerber unterstützen. Sie können gemeinsam eine Unterkunft organisieren und ebenfalls gemeinsam für einen menschenwürdigen Lebensunterhalt aufkommen. Die Koordination und ggf. (Teil-)Förderung von Flüchtlingsinitiativen kann über die beiden Clearingstellen der Stadt laufen. Im Fall des Tandem-Modells werden Asylbewerber bei Privatleuten untergebracht. Die Kommune übernimmt die Lebens- und Krankenversicherung während die Privatleute für Miete und Unterkunft aufkommen.

Beschlossen am 03.12.2014

Volksentscheid zum Buß- und Betttag

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert einen Volksentscheid über den Fortbestand des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag in Sachsen.

Beschlossen am 02.07.2014

Sinnvolle Wohnungsbauförderung statt Mietpreisbremse

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich gegen die Einführung einer weiteren gesetzlichen Mietpreisbremse ein. Weiterhin sollen die Städte und Gemeinden, insbesondere die Stadt Dresden, den Wohnungsbau durch die zügige Erstellung von Bebauungsplänen, der Widmung entsprechender Flächen, zusätzliche Ausschöpfungen von Verdichtungsmöglichkeiten und Bereitstellung notwendiger Infrastruktur fördern. Als sozialpolitisches Werkzeug ziehen wir ein kommunales Wohngeld dem sozialen Wohnungsbau vor und lehnen dementsprechend eine Neuauflage einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ab. Fehlbelegungen von bestehenden Sozialwohnungen müssen konsequent vermieden werden. Es soll geprüft werden, inwiefern neue Modelle des genossenschaftlichen Wohnungsbau und Bauherrengemeinschaften vonseiten der Stadt unterstützt werden können.

Beschlossen am 19.06.2013

Keine Begrenzung von Bargeldzahlungen

Die Jungliberale Aktion Dresden lehnt die Begrenzung von Bargeldzahlungen ab. Darüber hinaus ist auch die komplette Abschaffung von Bargeldzahlungen für uns keine Option.

Beschlossen am 19.06.2013

Kein Verbot von Plastiktüten durch die EU-Kommission

Die Jungliberale Aktion Dresden spricht sich gegen das geplante Verbot von Plastiktüten durch die EU-Kommission aus. Stattdessen soll die EU-Kommission daraufhin wirken, dass die wilde Entsorgung von Müll in europäischen Gewässern unterbunden wird und Müllentsorgungssysteme weiter ausgebaut werden bzw. gut funktionierende Entsorgungssysteme einzelner Mitgliedsstaaten in anderen Mitgliedsstaaten etabliert werden.

Beschlossen am 22.06.2011

Beenden von Verkauf von Meldedaten

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert, dass das sächsische Meldegesetz (SächsMG) insoweit geändert wird, dass Daten nur nach aktiver Zustimmung der Betroffenen weitergegeben werden dürfen. Alle bereits weitergegebenen Daten müssen vernichtet werden.

Darüber hinaus fordert die Jungliberale Aktion Dresden den Rücktritt des sächsischen Innenministers Albrecht Buttolo (CDU) sowie des Dresdner Datenschutzbeauftragten. Der Datenschutzbeauftragte hat die Aufgabe darauf hinzuwirken, dass die Daten der Bürger mit der notwendigen Sorgfalt behandelt werden. Der Datenschutzbeauftragte hat in diesem Fall grob versagt und sollte diesen wichtigen Posten frei machen für jemanden, der seiner Verantwortung gerecht wird.

Beschlossen am 17.12.2008

Für eine moderne Verwaltung

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert eine Änderung der sächsischen Gemeindeordnung dahingehend, Gemeinden zu verpflichten, kommunale Informationsfreiheitssatzungen zu erlassen. Die Rahmenbedingungen der Satzungen haben sich an den Grundzügen und Grundgedanken des Informationsfreiheitsgesetzes im Bund (Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes) zu orientieren, welches eine Umkehrung des Amtsgeheimnisses darstellt. Verpflichtend müssen diese Satzungen über eine klare Gebührenordnung verfügen, die eine angemessene Kostendeckelung von Anfragen erlaubt, bei der aber 500€ für eine Anfrage nicht überschritten werden dürfen. Die Übergangszeit nach Änderung der Gemeindeordnung darf drei Jahre nicht überschreiten.

Weiterhin fordern wir die Stadt Dresden auf, dass Vermögen und die Schulden städtischer Privatunternehmen im Haushaltsplan auszuweisen sind, analog wie es bei Regiebetrieben der Fall ist. Damit einher geht eine Änderung der sächsischen Gemeindeordnung um eine solche Ausweisungspflicht für alle Kommunen einzuführen.

Darüber hinaus soll die Stadt ernsthaft prüfen ob die städtische IT zum nächsten vorgesehenen Erneuerungstermin teilweise oder ganz auf Open- Source-Produkte umgestellt werden kann. Sollte eine Prüfung ergeben, dass sich durch eine solche Umstellung mittelfristig Kosten senken lassen, so ist dieses zu vollziehen. Dabei sollte auf Erfahrungen der Umstellung der Münchener Verwaltungs- IT zurückgegriffen werden.

Beschlossen am 17.12.2008

Informationsfreiheitgesetz

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die sächsische Landesregierung auf, schnellstmöglich ein Informationsfreiheitgesetz in naher Anlehnung an das „Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes“ zu beschließen. Die landesgesetzliche Umsetzung sollte sich dabei an Ländern wie Berlin oder Brandenburg orientieren, die im Kontrast zur Umsetzung im Land Hamburg stehen. Weitergehend sollte eine feste Gebührenordnung analog zur Gebührenordnung im Land Bremen verfasst werden.

Beschlossen am 13.06.2007

Keine Angst vor Killerspielen

Die Julia lehnt die von der Bundesregierung geplante Neuordnung der aktuellen Bestimmungen zum Jugendmedienschutz ab.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht eine „Evaluation“ folgender Fragestellungen vor:

„Regulierte Selbstkontrolle“

Altersgrenzen für die Freigabe von Filmen und Spielen/ Alterskennzeichnung von Computerspielen

Verbot von „Killerspielen“

Zielrichtung dieser Überprüfung ist eine Verschärfung der bestehenden Regelungen. Das größte Augenmerk der Befürworter einer solchen Verschärfung liegt dabei auf einem implizierten Zusammenhang zwischen Gewaltdarstellung in elektronischen Medien – insbesondere elektronischen Spielen – und Gewaltanwendung in der Realität. Aber auch die Darstellung von sexuellen Inhalten, Drogenkonsum, Diskriminierung und vulgärer Sprache wird zum Teil zur Begründung herangezogen.

Die Julia stellt sich aus folgenden Gründen entschieden gegen diese Vorstellung und die damit verbundenen möglichen gesetzlichen Neuregelungen:

1.1

Überspitzte oder verzerrte Wirklichkeitsdarstellungen sind Teil eines Lernprozesses bei dem die Kategorisierung, Bewertung und die Entwicklung von Alternativen erlangt wird. Viele dieser Darstellungen sind als gesellschaftliche Realität als Konsequenz und nicht als Ursache zu betrachten. Die Auseinandersetzung mit unmenschlichen Charakteren und Handlungsmustern sind ein integraler Bestandteil bei der Schaffung eines ethischen Bewusstseins. Konfrontation – nicht Isolation – sichert eine dahingehende Sensibilisierung und einen Erfahrungsgewinn für Jugendliche.

1.2

Beobachtete oder erlebte Handlungsoptionen in elektronischen Medien können als vorbereitendes Training für Verhalten in realen Situationen dienen, indem sie z. B. dabei helfen, Motive, Verhaltensweisen und Bewertungen von potenziell gefährlichen Menschen und Situationen genauer abzuschätzen.

1.3

Die Verlagerung aggressiver Verhaltensmuster in Fantasiewelten dient oftmals zum Abbau realer Aggressionsbereitschaft.

2.1

Es existiert derzeit weder eine breite wissenschaftliche Basis oder ein Konsens der einen Zusammenhang von Gewalt oder andere Medien belegt. Viele Studien die einen Zusammenhang suggerieren wurden wegen methodischen Fehlern angegriffen und können keine tatsächliche Kausalität nachweisen.

Einzig, dass elektronische Medien einer von vielen - anderen, unmittelbar unterlegenen - Risikofaktoren sein können, gilt als gesichert. Eine darüber hinausgehende Beziehung konnte keine einzige Studie nachweisen.

Ein weiterer Handlungsbedarf oder Handlungsempfehlung für den Gesetzgeber lässt sich aus der Forschung daher nicht ableiten.

3.1

Die Verantwortung der Erziehungsberechtigten wird weiter eingeschränkt. Nur eine Auseinandersetzung und Überwachung der elektronischen Medien die ihre Kinder konsumieren kann effektiven Schutz leisten. Gesetzliche Maßnahmen können und dürfen diese Tatsache nur stützen.

3.2

Nur 5 % der erscheinenden elektronischen Spiele verfügen tatsächlich über eine Altersfreigabe von 18 Jahren. Begriffe wie „Killerspiele“ und „Killervideos“ sind in nahezu allen Fällen ein extrem verkürztes, verzerrtes Bild von elektronischen Medien und ihren Konsumenten. Gerade im Vergleich zu anderen Medien und Betätigungen und ihren Konsumenten. Gerade im Vergleich zu anderen Medien und Betätigungen findet hier eine undifferenzierte Dämonisierung statt.

3.3

Erwachsene und geistig reife Konsumenten von elektronischen Medien werden durch die Konsequenzen einer restriktiven Politik unverhältnismäßig diskriminiert. Das Durchschnittsalter von Konsumenten elektronischer Spiele ist im Trend steigend. Die größte Gruppe ist bereits über 18 Jahre alt.

4.1

Der derzeitige gesetzliche Rahmen ist ausreichend. Elektronischen Medien mit ausgeprägten z. B. Gewalt- oder Sexualdarstellungen dürfen gemäß ihrer Altersfreigabe nicht an Minderjährige verkauft werden. Die bestehenden Systeme zur Alterskennzeichnung wie FSK, USK und PEGI, die deutlich auf jeder Verpackung von elektronischen Medien angebracht sind, geben Erziehungsberechtigten deutlich Hinweise auf die Eignung für ihre Kinder.

Beschlossen am 14.12.2005

Ausstellung vom Waffenbesitzkarten

Die Jungen Liberalen sprechen sich für eine strengere Regelung zur Ausstellung und Verlängerung von Waffenbesitzkarten aus. Die Überprüfung der Eignung und Zuverlässigkeit von Inhabern einer waffenrechtlichen Erlaubnis hat mindestens einmal jährlich von der zuständigen Behörde stattzufinden. Die Jungen Liberalen setzen sich für eine grundlegende Überarbeitung des Waffengesetzes ein. Es gilt zu überprüfen, inwiefern überhaupt die Notwendigkeit besteht, Privatpersonen eine Erlaubnis zu erteilen, Waffen zum Sport und Spiel in ihren Wohnräumen zu verwahren.

Beschlossen am 29.06.2005

Kinderlärm

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Zu ihrer Entwicklung gehört natürlich Spiel- und Bewegungstrieb, der nun mal Lärm verursacht. Ein kinderfreundliches Umfeld toleriert das selbstverständlich.

Leider werden jedoch immer wieder Gerichte mit der Entscheidung beauftragt, ob Kinderlärm zur Mietminderung für Mitbewohner oder gar zur Kündigung des Mietvertrages für die Familie der kleinen Störenfriede führen soll.

In einem Staat der Kinder sehr nötig hat, fordert die JuliA Dresden, dass Kinderlärm weder Mietminderungs-, noch Entschädigungs-, noch gar Kündigungsgrund sein soll.

Beschlossen am 29.06.2005

Bildung und Wissenschaft

SOCIAL MEDIA, ABER SICHER

Antragsteller: Eddie Friedrich, Jonas Simon

Instagram, Facebook & Snapchat sind schon längst bei den sächsischen Schülerinnen und Schüler angekommen. Doch, wie geht man man damit um?

Bestimmt nicht mit digitaler Abstinenz.

Die Schule hat den Auftrag, die Schülerinnen und Schüler so gut es geht, auf das Leben im Netz vorzubereiten. Offen und vor allem präventiv an diese Entwicklung heranzugehen, ist der Schlüssel zu einem bewussten Umgang mit Social Media. Gerade in der Schule sollte darüber informiert werden, wie man Social Media

versteht, benutzt und wie man sich verhält.

Zusätzlich dazu sollten auch die Gefahren solcher Plattformen behandelt werden, wodurch ein bewussterer Umgang der Jüngeren mit Social Media bewirkt werden soll.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher, dass es eine Aufnahme von Social Media in den TC-Lehrplan der sächsischen Schulen gibt.

Begründung:
erfolgt mündlich

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Gemeinschaft fördern – Austausch fördern – Lesen fördern

Antragsteller: Kreisvorstand, Eddie Friedrich

Lesen ist ein essenzieller Bestandteil beim Erwerb von Wissen und beim Erweitern des Horizonts. Bücher können wir heute so einfach wie noch nie zuvor erwerben - ob aus der Bibliothek, aus dem Internet oder dem Buchhandel um die Ecke. Doch was machen wir eigentlich mit Büchern, die wir nicht mehr gebrauchen können - wenn wir gleichzeitig neue Bücher wollen?

Bücherfreunde und die, die es noch werden wollen kennen bestimmt das Gefühl. Bücherregal überfüllt. Sehnsucht nach neuen Werken. Doch wie kann die Politik da positiv beisteuern?

Mit Bücherschränke im öffentlichen Raum schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. Man kann bequem Bücher, die man nicht mehr gebrauchen kann, anderen Menschen zur Verfügung stellen. Dazu kann man selber neue Bücher erwerben. Außerdem kann man mit der Bereitstellung von Bücherboxen in Bussen die Verfügungskapazitäten erhöhen.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher, dass die Anzahl der Bücherschränke im öffentlichen Raum massiv ausgebaut werden.

Begründung:

Dadurch wird die Gemeinschaft gefördert und die Vernetzung der Bücherfreunde untereinander wird gestärkt.

Es ist nachhaltig. Stattdessen dass man sich ein neues Buch kauft, kann man ein gebrauchtes nutzen.

Vor allem Kinder und Jugendliche können dadurch früh lernen sozial und verantwortungsvoll zu handeln.

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

JUGEND STÄRKEN - SPORTSCHULEN STÄRKEN

Antragsteller: Jonas Simon, Eddie Friedrich

Heutzutage ist die Jugend zu einem beachtlichen Teil sportlich aktiv. Jeder Zweite begeistert sich für den Breitensport. Damit jedoch viel mehr Jugendliche ihre Leidenschaft auch in der Schule tiefgründiger nachgehen können, müssen wir die bestehenden Verhältnisse verbessern.

Kinder und Jugendliche verbringen den Großteil ihrer Jugend in der Schule, deshalb sollte man genau dort mehr in der Masse Talente fördern & entdecken.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher, dass es eine kontinuierliche Steigerung der Anzahl der Schulen mit sportlichem Profil gibt.

Begründung:
erfolgt mündlich

Quelle:

Vereinssport im Lockdown: Kein Training für 7,3 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland - Statistisches Bundesamt (destatis.de)

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

KOPFNOTEN - NUR PÄDAGOGISCHER

Antragsteller: Eddie Friedrich

Kopfnoten haben den Auftrag, die Persönlichkeit des Schülers bewerten. Leider erfolgt die Bewertung oft subjektiv und Lehrerinnen und Lehrer haben nur einen beschränkten Einblick auf das Verhalten der Schüler. Introvertierte Schülerinnen und Schüler geraten weniger in das Blickfeld der Lehrer, als engagierte Schülerinnen und Schüler. Potenzielle Arbeitgeber sollten sich ein eigenes Bild von den Schülerinnen und Schülern machen, statt auf Kopfnoten zu setzen.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher, dass anstelle der Kopfnoten eine detaillierte schriftliche Evaluierung des Schülers eingeführt wird.

Begründung:
erfolgt mündlich

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Digitalpakt 2.0 sinnvoll nutzen

Antragsteller: Kreisvorstand, Michael Schniebel

Mit der neuen Ampelkoalition folgt voraussichtlich eine Verlängerung des bestehenden Digitalpakts bis 2030. Die Koalitionspartner möchten den Mittelabruf vereinfachen - die Umsetzung obliegt den Ländern. Im Kern stehen erneut Fortbildungen nur auf einer freiwilligen Basis und im Bereich der digitalen Lehrmittel, wird sich auf Open Educational Resources konzentriert.

Wir als JuliA Dresden fordern, dass der Freistaat in Zusammenarbeit mit den Schulbuchverlagen einen Materialpool erstellt und so ein Mindestangebot an neuen digitalen Lehrmittel entwickelt werden kann. Diese Angebot kann z.B. Apps oder E-Books enthalten, deren Inhalte über die eingängigen sächsischen Lernplattformen zur Verfügung gestellt werden. Alternativ werden diese via schulinternem Intranet bereitgestellt, um der Realität der Netzbelastbarkeit in ländlichen Kreisen gerecht zu werden.

Um den Einsatz und die Effektivität von digitalen Lehrmethoden, die durch den Digitalpakt ermöglicht werden, zu gewährleisten, setzen wir uns für eine flächendeckende, verpflichtende Lehrerfortbildung ein. Dabei soll sich auf den Umgang mit den aktuellen und neugeschaffenen Lehrmitteln konzentriert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

AKTIONSTAG ÜBER PSYCHISCHE KRANKHEITEN

Antragsteller: Eddie Friedrich, Jonas Simon

Mental Health ist schon lange kein Nebenthema mehr, trotzdem wird das Thema an sächsischen Schulen noch nicht im ausreichenden Maße thematisiert. Offener Umgang statt Totschweigen des Themas sollte, deshalb die Antwort darauf sein.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher, dass ein Aktionstag mit Psychologen bzw. Psychotherapeuten zu veranstalten wird, um in Form von Unterrichtseinheiten bzw. Workshops über psychische Gesundheit aufzuklären.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Politische Bildung und Debattenkultur in Sachsen fördern – Für mehr Auftritte von Politikern an Schulen und Hochschulen

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung lebt von argumentativer politischer Auseinandersetzung, Debatte, Öffentlichkeit und Transparenz. Die Mitwirkung von Parteien an der politischen Willensbildung hat Verfassungsrang und Mandatsträger erfüllen einen wichtigen Dienst in unserer Demokratie. Sie gehören in die Mitte der Gesellschaft, ebenso wie die politische Debatte in die Mitte des Bildungswesens gehört.

Vor diesem Hintergrund fordern wir ein Umdenken im Umgang mit Volksvertretern durch öffentlich finanzierte Bildungseinrichtungen.

Mehr Mut zu demokratischer Kultur – Politische Urteilsfähigkeit von Schülern stärken

Der „Erlass zur Durchführung von Veranstaltungen mit Politikern an öffentlichen Schulen“ vom 24. Februar 2016 gestattet Schulen vielfältige Möglichkeiten, ihre Schüler mit Volksvertretern und Parteien in Kontakt zu bringen (bspw. durch Parlamentsbesuche, Diskussionsveranstaltungen, Projekttag etc.). Aus einer falschen Vorsicht und Angst vor einseitiger Indoktrination versagen zu viele Schulleitungen ihren Schülern regelmäßig die Chance, sich hautnah mit politischen Akteuren auszutauschen.

Wir appellieren daher an die Schulleitungen im Freistaat Sachsen, ihrem politischen Bildungsauftrag nachzukommen und von den vielfältigen Möglichkeiten, die oben genannter Erlass bietet, intensiv Gebrauch zu machen. Junge Menschen benötigen gerade auch den direkten Austausch mit Verantwortungsträgern, um sich politische Urteile bilden zu können und an unserer pluralistischen Demokratie zu partizipieren. Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wächst diesbezüglich die Verantwortung der Schulen.

Transparenz und Fairness statt Misstrauen und Missbrauch – Politiker an Hochschulen willkommen heißen

Die Kriterien für den Auftritt von Politikern an sächsischen Hochschulen sind unzureichend definiert und die hochschulseitige Entscheidung für oder gegen einen Auftritt oft nicht nachvollziehbar. Besonders die in Hausordnungen verschiedener Hochschulen definierte Ausnahme, in der festgelegten Vorwahlzeit Auftritte von Politikern nur im Rahmen von Veranstaltungen mit Lehrveranstaltungscharakter zu gestatten, lädt zu Missbrauch ein.

Wir sind überzeugt, dass Hochschulen ein zentraler Ort politischer Debatten sind. Parteipolitische Akteure und Mandatsträger dürfen nicht willkürlich seitens der Hochschule oder der Staatsregierung von der politischen Auseinandersetzung an öffentlich finanzierten Hochschulen ferngehalten werden. Ganz im Gegenteil – wir sind überzeugt, dass die Teilnahme von Politikern an gesellschaftlichen und politischen Debatten an Hochschulen von herausragender Bedeutung ist.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

1. Die sächsische Staatsregierung soll vor Wahlen keine Erlasse oder Empfehlungen verabschieden, die Auftritte von Politikern an öffentlich finanzierten Hochschulen verunmöglichen, bzw. erheblich einschränken.
2. Abweichend davon soll für die sechs Wochen vor einer Wahl eine Sperrfrist gelten, in denen Veranstaltungen mit parteipolitischen Akteuren an öffentlich finanzierten Hochschulen nur noch unter Wahrung von Neutralitäts-, Konfrontations- und Pluralitätsgeboten stattfinden dürfen. Dazu sind einheitliche Vorschriften zu erarbeiten. Die Leitlinien des Beutelsbacher Konsens' können dabei als Vorbild dienen.
3. Politischen Akteuren muss auf Einladung von Hochschullehrern, Dozenten, Hochschulgremien und anerkannten studentischen Hochschulgruppen die Möglichkeit gegeben werden, an öffentlich finanzierten Hochschulen zu sprechen (Einschränkungen gelten gemäß oben genannter Sperrfrist-Klausel).
4. Auftritte politischer Akteure auf Einladung müssen der Hochschulverwaltung angezeigt werden und durch diese der Hochschulöffentlichkeit bekanntgemacht werden. Durch Bereitstellung angemessen großer Räumlichkeiten muss Hochschulangehörigen und Studenten der breite Zugang zu einer solchen Veranstaltung ermöglicht werden.
5. Aus den jeweiligen Hausordnungen öffentlich finanzierter Hochschulen sollten die Passi gestrichen werden, die Einschränkungen und Ausnahmen bezüglich Politikerauftritten in der Vorwahlzeit definieren.

Beschlossen am 30.11.2019

Nuklear? Nu gloar! – Sachsen zur Pilotregion für moderne Kernenergieforschung entwickeln!

Als Jungliberale Aktion Dresden betrachten wir moderne Kernenergie-technik auch weiterhin als einen wichtigen Bestandteil emissions- und schadstoffarmer Energieversorgungsstrategien. Wir erkennen weiterhin das Potenzial an, durch ihre friedliche Nutzung einen gewichtigen Beitrag zu Klima-, Umwelt- und Naturschutz zu leisten.

Wir erachten es daher für notwendig, dass Deutschland – weltweit geachtet für sein kerntechnisches und -wissenschaftliches Know-how – auch zukünftig eine weltweite Führungsrolle in der Erforschung, Entwicklung und Erprobung innovativer kerntechnischer Systeme einnimmt.

Den Freistaat Sachsen, mit seiner starken technisch-naturwissenschaftlichen Hochschul- und Forschungslandschaft sowie seiner traditionell starken energietechnischen Expertise, wollen wir daher zu einer Pilotregion für die Erforschung, Entwicklung und Erprobung moderner Kerntechnik entwickeln. Einer Unkultur der politisch-ideologischen Denkverbote wollen wir eine Willkommenskultur für innovative klima- und umweltfreundliche Nukleartechnologie entgegenstellen. Was „Silicon Valley“ für die IT-Industrie ist, soll „Nuclear Saxony“ für die Kerntechnik der Zukunft werden.

Konkret fordern wir daher, dass der Freistaat Sachsen sich aktiv darum bemüht, Standort für folgende kerntechnische Projekte zu werden:

- Für das angedachte Pilot-Fusionskraftwerk DEMO.
- Für Forschungsreaktoren von Reaktortypen mit inhärenten Sicherheitseigenschaften, bspw. Generation-IV-Reaktoren.
- Für (Forschungs-)Anlagen zur Behandlung radioaktiver Reststoffe, bspw. Transmutationsanlagen.
- Für Reaktoren zur Gewinnung von in Medizin und Technik benötigter radioaktiver Isotope, sobald in der Industrie Bestrebungen zum Neubau solcher Anlagen aufkommen.
- Für (Erprobungs-)Anlagen zur Langzeitlagerung radioaktiver Reststoffe.

In Kooperation mit der Hochschul- und Forschungslandschaft sowie der Industrie, soll der Freistaat frühzeitig eine Strategie zur Anwerbung der Nuklearbranche von morgen entwickeln.

Als Pilotregion für die Vision „Nuclear Saxony“ können wir uns insbesondere die sächsische Oberlausitz, mit ihrer traditionell starken Verbundenheit zur Energiewirtschaft, vorstellen und fordern, diese besonders in den Blick zu nehmen. Die Oberlausitz braucht auch nach der Braunkohle eine Zukunft. Wir wollen, dass diese nicht in den Milliardengeschenken des Bundes liegt, sondern bspw. auch auf der eigenen Innovationskraft in der Energiewirtschaft aufbaut.

Für Standorte von Lagerungseinrichtungen können auch ehemalige sächsische Bergbauregionen in Betracht kommen.

Beschlossen am 06.07.2019

Durst löschen – Gesundheit fördern – Leistung steigern

Wir fordern, dass alle Schülerinnen und Schüler im Unterricht und in den Pausen uneingeschränkt und ohne vorher das Lehrpersonal um Erlaubnis fragen zu müssen, trinken dürfen.

Ausnahmen stellen dabei Situationen dar, in denen das Trinken im Sinne der Sicherheit der Lernenden untersagt werden muss, wie beispielsweise während der Durchführung chemischer Experimente oder des Aufenthalts in Laborräumen.

Um dieses Recht aktiv wahrnehmen zu können, fordern wir zudem pro Schule die Errichtung mindestens eines Trinkwasserspenders an allen sächsischen Schulen, der allen Lernenden und Lehrenden während der Schulzeit frei zugänglich ist. Die Bedienung der Trinkwasserspender soll aus hygienischen Gründen durch berührungslose Sensoren oder per Fußschalter erfolgen.

Beschlossen am 06.07.2019

Kopfnoten abschaffen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Abschaffung der Kopfnoten ab der 7. Klasse.

Beschlossen am 08.12.2018

Für freie und digitale Forschung und Lehre!

Damit Studenten in Zukunft verstärkt durch digitale Lehrinhalte unterstützt lernen können und damit Lehrende ihrer Aufgabe möglichst effektiv und ohne Rechtsunsicherheit nachkommen können, fordern wir die VG Wort, die Kultusministerkonferenz sowie die Hochschulrektorenkonferenz auf, zügig eine sachgerechte Übereinkunft zur Abrechnung urheberrechtlich geschützter Inhalte in Lehrmaterialien und digitalen Semesterapparaten zu treffen.

Als geeignetstes Mittel empfehlen wir eine Pauschalvergütung, die sich an der Anzahl der Kursteilnehmer und jährlich durchzuführenden repräsentativen Erhebungen der tatsächlichen Nutzung solcher Inhalte orientiert.

Mittelfristig ist das Urheberrecht anzupassen, um die Entstehung von echtem Wettbewerb im Bereich der Verwaltung von Verwertungsrechten an Sprachwerken zu erleichtern.

Beschlossen vom Kreisvorstand am 18.12.2016

Arbeitsweise des Referats Politische Bildung des Studentenrates der TU Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert das Referat Politische Bildung des Studentenrats der TU Dresden auf, sich bei seiner Arbeit auf studentische Belange zu konzentrieren. Die Themensetzung und Sprache (z.B. Schreibweisen und Fachbegriffe) müssen sich mehr an der breiten Mehrheit der Studenten orientieren und dürften nicht nur für bestimmte Fachbereiche oder Einzelpersonen Relevanz haben.

Kernaufgabe ist es, die Studierenden über relevante, politische Angelegenheiten möglichst wertungsfrei zu informieren. Bei Themen, die sich aus studentischer Sicht nicht wertungsfrei darstellen lassen, muss ein pluralistisches Meinungsbild abgebildet werden. Das Referat darf keine offizielle Kooperation mit Organisationen und Personen, die Grundwerte und Grundsatzartikel der deutschen Verfassung ablehnen und dieser Einstellung mit Gewalt Ausdruck verleihen, eingehen.

Beschlossen am 07.12.2011

Teilsanierung von Schulen

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich für eine effizientere Verwendung der Mittel zur Sanierung von Schulen ein. Die Mittel sollen zukünftig nicht nur für wenige und umfangreiche Komplettsanierungen, sondern für die Beseitigung von grundlegenden Mängeln (Teilsanierungen) an möglichst vielen Schulen verwendet werden. Des Weiteren soll bei allen Sanierungen die Notwendigkeit einzelner Baumaßnahmen geprüft werden. Nicht zwingend notwendige Maßnahmen oder Bauten sollen nicht ausgeführt werden. Notwendige Neubauten von Schulen sollen auch zukünftig finanziert werden.

Beschlossen am 08.12.2010

Einführung von Forschungsprofessuren

Die Jungliberale Aktion fordert die Einführung einer Forschungsprofessur an sächsischen Hochschulen. Damit sollen in Zeiten knapper öffentlicher Kassen die Hochschulen effektiver nötige Drittmittel erwerben können und ausgezeichneten Forschern, denen die Fähigkeit zur Lehre fehlt, trotzdem die Möglichkeit gegeben werden, eine Professur auszufüllen.

Nach dem gültigen Hochschulgesetz ist ein Professor ein zur Forschung und Lehre verpflichteter Beamter. Neben der Forschung, der einzigen Möglichkeit für die Universität, Drittmittel einzuwerben, muss der Professor auch ein bestimmtes Pensum an Lehre absolvieren. Dieses Pensum wird nicht von allen Dozenten in ausreichender Qualität geleistet, meist, weil ihre Fähigkeiten eher bei der Forschung liegen.

Eine Fakultät, die ihre Lehre mit ihren Professoren nach heutigen Muster (weiter FL- Professoren genannt) sicherstellen kann, soll die Möglichkeit erhalten, Forschungsprofessuren einzurichten. Ein Forschungsprofessur wird nicht verbeamtet und ist befristet eingestellt. Die Habilitation oder eine gleichwertige Leistung ist auch bei ihm Voraussetzung für die Einstellung. Er hat keine Lehrverpflichtungen zu leisten, mit Ausnahme von Kolloquien. Im Gegensatz zu einem FL- Professor soll er mindestens 2/3 weniger öffentliche Mittel erhalten und damit einen Anreiz zur Einwerbung von Drittmitteln bekommen. Sein Gehalt ist frei verhandelbar. Sein Deputat fließt gesondert in den Forschungsbericht der Fakultät ein, um einen Vergleich der Wirksamkeit seiner Professur zu den FL- Professuren zu ermöglichen.

Die sonstigen Verpflichtungen eines Hochschuldozenten, wie die Mitarbeit in der Selbstverwaltung soll der Forschungsprofessor auch erfüllen.

Beschlossen am 20.12.2006

Rahmenbedingungen für Studiengebühren schaffen

Die Einführung von Studiengebühren ist in Zukunft nicht mehr auszuschließen. Wir als Junge Liberale halten die finanzielle Beteiligung der Studierenden an den Kosten ihre Ausbildung aber auch für richtig und wichtig. Vor der Einführung von Studiengebühren müssen aber entsprechende Rahmenbedingungen für einen chancengerechten Hochschulzugang und für mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen geschaffen werden.

Studiengebühren enthalten- richtig gestaltet - eine Chance, um die Situation an den Universitäten deutlich zu verbessern. Durch zusätzliche Beiträge der Studenten kann sich die finanzielle Ausstattung der Hochschulen im Freistaat Sachsen verbessern. Außerdem bekommen die Studenten mehr Einfluss auf die Entscheidungen innerhalb der Universität. Als Mitfinanzierer der Universität haben sie mehr Gewicht, als je durch formale Regeln zur studentischen Mitbestimmung erreichbar wäre. Ein solches Verhältnis zwischen Student und Hochschule muss dann einklagbare Rechte der Studenten und Regressansprüche bei mangelhafter Leistung beinhalten.

Auch nach der Einführung muss das Hochschulstudium aber weiterhin für Menschen aus allen Bevölkerungsschichten möglich sein; niemand darf aufgrund seiner sozialen Herkunft von einem Studium ausgeschlossen werden. Zu den Rahmenbedingungen für einen chancengerechten Hochschulzugang gehören die Reform des BAföG, der Ausbau des Stipendiensystems und die Schaffung eines Darlehenssystems zur Finanzierung der Studiengebühren.

Bereits heute stehen in Randbereichen des Hochschulwesens verschiedene Finanzierungswege zur Verfügung - von nachgelagerten Gebühren über Bildungsdarlehen und Ausbildungsversicherungen bis hin zu Teil- und Vollstipendien. Diese Möglichkeiten müssen aber- ggf. durch staatliche Förderung - deutlich ausgeweitet werden, wenn Studiengebühren erhoben werden sollen. Dabei soll nicht ein einzelnes allgemeingültiges Modell vorgegeben werden. Nur durch eine Vielfalt unterschiedliche Finanzierungsvarianten können die individuellen Lebenssituationen jedes Studenten optimal berücksichtigt werden.

Die Erhebung von Studiengebühren kann jedoch nur dann den Studenten helfen, ihre Interessen mit mehr Gewicht einzubringen, wenn die Hochschulen die Möglichkeit erhalten, ihre Lehrbedingungen selbst zu gestalten. Nur wenn das staatliche Umfeld funktionierenden Wettbewerb um wissenschaftliche und

didaktische Höchstleistung ermöglicht, machen Gebühren Sinn. Deshalb ist eine wesentliche Voraussetzung, dass die Bildungseinrichtungen mehr Eigenständigkeit und finanzielle Freiräume erhalten. Studiengebühren müssen dabei ausschließlich den Hochschulen zugutekommen. Die Höhe der Gebühren wird dann nicht staatlicherseits vorgegeben, sondern kann von den Hochschulen in eigener Verantwortung festgelegt werden. Die Finanzierung von staatlicher Seite muss in der derzeitigen Höhe gewährleistet bleiben.

Beschlossen am 14.12.2005

Verkehr und Infrastruktur

Gesetzliche Höchstgeschwindigkeiten für Mopeds anheben

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert, die durch Bauart bedingte Höchstgeschwindigkeit für Kleinkrafträder der EG-Fahrzeugklassen L1e und L2e generell auf 60 km/h anzuheben. Der Erwerb der Fahrerlaubnisklasse AM soll weiterhin zum Führen dieser Fahrzeuge berechtigen.

Beschlossen am 08.12.2018

Saubere Mobilität – Keine Möglichkeiten ausschließen!

Die Jungliberale Aktion Dresden befürwortet Bestrebungen, den Verkehr der Zukunft zum Schutz von Mensch, Natur und Umwelt schadstoff- und CO₂-arm zu gestalten.

Wir fordern daher eine breite Unterstützung der Forschung auf dem Gebiet saubererer Antriebstechnologien. Bereits heute erscheinen mehrere Technologien und Ansätze als vielversprechend, bspw. die Elektromobilität, Brennstoffzellenkonzepte, synthetische Kraftstoffe etc. Diese befinden sich in unterschiedlichen Forschungs- und Entwicklungsstadien. Wir sprechen uns dafür aus, vielversprechende Forschungsvorhaben gleichberechtigt zu fördern.

Eine einseitige Festlegung der Politik auf eine Technologie lehnen wir ab, stattdessen sollen verschiedene Konzepte auch auf dem Markt miteinander fair in Wettbewerb treten können. Daher sprechen wir uns auch deutlich gegen Kaufprämien, bspw. für den Erwerb eines Elektrofahrzeugs, aus.

Beschlossen am 6.12.2017

Shared-Space-Projekt für die Äußere Neustadt

Die Jungliberale Aktion Dresden sieht in Shared-Space-Ansätzen großes Potential, Verkehrssituationen effizient und regulierungsarm zu gestalten. Gleichzeitig kann durch derartige Modelle die Attraktivität der entsprechenden Bereiche gesteigert und das Verkehrserlebnis für alle Teilnehmer angenehmer gestaltet werden. Daher soll die Anwendbarkeit von Shared-Space-Prinzipien geprüft und diese, wo immer sinnvoll, implementiert werden.

Einen geeigneten Anwendungsbereich erkennen wir im Gebiet der Äußeren Neustadt. Im Bereich der Alaunstraße, zwischen den Ecken Böhmisches Straße und Sebnitzer Straße, und der Louisenstraße, zwischen Försterei- und Martin-Luther-Straße, bietet sich die Einrichtung einer Shared-Space-Zone wegen des hohen Aufkommens an Fußgängern, der Vielzahl gastronomischer Betriebe und der baulichen Gegebenheiten in besonderem Maße an. Bei erfolgreicher Etablierung des Konzeptes kann eine Ausweitung auf die umliegenden Gebiete erfolgen.

Beschlossen am 6.12.2017

Elektrisch mobil – Jetzt erst recht!

Die Jungliberale Aktion Dresden erkennt in der PKW-Elektromobilität eine zukunftssträchtige Technologie. Unter der Voraussetzung einer CO₂- und schadstoffarmen Elektroenergiebereitstellung sehen wir die Elektrifizierung des PKW-Verkehrs als eine von mehreren Möglichkeiten, die schadstoffbedingte Belastung von Mensch und Natur durch den Individualverkehr zu minimieren. Daher setzen wir uns dafür ein, die Stadt Dresden auch zu einer elektrofahrzeugfreundlichen Stadt zu entwickeln und befürworten das geplante Pilotprojekt.

Durch den stattfindenden Austausch und die Auslagerung des Fuhrparks städtischer Unternehmen geht die Stadt hier mit gutem Beispiel voran. Diese Entwicklung sollte konsequent und zügig vollzogen werden. Als wichtigen Faktor für die Annahme von Elektrofahrzeugen durch die Bevölkerung erkennen wir das Vorhandensein einer dichten Ladeinfrastruktur. Während die Pläne der DREWAG, an wichtigen Knotenpunkten in Ladestationen zu investieren, eine derzeit noch vorhandenen Lücke schließt und grundsätzlich begrüßenswert ist, zeigt sich, dass zunehmend private Unternehmen entsprechende Angebote zur Verfügung stellen. Mittelfristig kann und wird die Versorgung durch private Anbieter möglich sein, so dass weitere Neuerrichtungen von städtischer Seite nach 2020 regelmäßig nicht erforderlich sein werden. Die Stadt sollte darauf hinarbeiten, gemeinsam mit den privaten Anbietern einen einheitlichen Standard zur Bezahlung an Ladestationen in Dresden zu finden. Soweit möglich sollen auch andere Mobilitätsdienstleistungen in das System integrierbar sein.

Dresden soll sich zudem weiterhin für die Weiterentwicklung und Verbreitung der Technologie einsetzen, indem es der Forschung in diesem Bereich sowie der Vermittlung von Ergebnissen und des Forschungsstandes gegenüber der Öffentlichkeit Raum bietet. Die geplante Einrichtung einer Vielzahl intermodaler Mobilitätspunkte in Dresden begrüßen wir. Bei deren Ausgestaltung sollte jedoch darauf geachtet werden, auch Nutzern herkömmlicher Verkehrsmittel Stellplätze zur Verfügung zu stellen, um das Angebot so für mehr Nutzer zu erschließen. Als Ergänzung zum System der Mobilitätspunkte schlagen wir die Schaffung eines zentralen Knotenpunktes in Form eines Mobilitätszentrums an der Reitbahnstraße vor. Die dortige Fläche wird aktuell durch die Stadt als Parkplatz betrieben und sollte perspektivisch durch die Errichtung eines multifunktionalen Parkhauses / Mobilitätshubs die Zahl der Parkmöglichkeiten erhöhen, sowie die Nutzungen wie Bike&Ride, Park&Ride, Leih-Stationen für Motorroller, Elektrofahrzeug-Ladestationen, Car-Sharing und Fahrrad-Leihstationen

integrieren. Eine kombinierte Nutzung im Hinblick auf die Entwicklung eines innerstädtischen ZOB sollte geprüft werden.

Die im Elektromobilitätsgesetz vorgesehenen Maßnahmen betrachten wir als ungeeignet.

Beschlossen am 14.06.2017

Gebt der Jugend die Straße zurück – Schein für Schein! Für begleitetes Fahren ab 16!

Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für eine Absenkung des Mindestalters zum Erwerb der Fahrerlaubnis und Neuregelungen bezüglich des begleiteten Fahrens aus.

Konkret fordern wir folgende, auf die Führerscheinklasse B bezogene, Änderungen:

- i. Das Mindestalter für den Start der Ausbildung zum Erwerb der Fahrerlaubnis soll auf 15 Jahre abgesenkt werden.
- ii. Die Führerscheinprüfung darf frühestens 3 Monate vor Vollendung des 16. Lebensjahres abgelegt werden.
- iii. Begleitetes Führen eines Kraftfahrzeugs soll ab dem vollendeten 16. Lebensjahr möglich sein, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 - a) Der minderjährige Fahrzeugführer hat die Führerscheinprüfung bestanden und ist im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis.
 - b) Begleitpersonen müssen mindestens das 26. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 10 Jahre ununterbrochen im Besitz einer mindestens entsprechenden das 30. Fahrerlaubnis Lebensjahr vollendet sein oder haben und mindestens 5 Jahre ununterbrochen im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis sein.

Weitere Regelungen zu Begleitpersonen bleiben bestehen und gelten wie bisher. Auf dem Führerschein ist die Berechtigung zum begleiteten Fahren ab 16 Jahren durch die ausstellende Behörde kenntlich zu machen.

Bestehende Regelungen zur Probezeit sowie zur „Null-Promille-Grenze“ bis zum vollendeten 21. Lebensjahr bleiben bestehen und gelten wie bisher.

Als Jungliberale fordern wir den Freistaat Sachsen auf, dieses Konzept im Rahmen eines Pilotprojekts und Modellversuchs zu erproben.

Beschlossen am 07.12.2016, redaktionell angepasst.

Sanduhrsymbold in die Fußgängerampel

Die Stadt Dresden soll in den Bedarfsampeln für Fußgänger die „Signal kommt“-Schablonen durch Sanduhrsymbole ersetzen.

Beschlossen am 03.12.2014

Königsbrücker Straße bestandsnah sanieren (Variante 7)

Die Jungliberale Aktion fordert die FDP Dresden für den Fall, dass in der neuen Legislaturperiode des Stadtrates ein neuer Beschluss zum Ausbau der Königsbrücker Straße getroffen wird, auf, ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid zur bestandsnahen Sanierung der Königsbrücker Straße (sogenannte Variante 7) anzustrengen, sodass der bereits getroffenen Stadtratsbeschluss zur Variante 7 umgesetzt wird.

Beschlossen am 02.07.2014

Für eine ausgewogene Verkehrsentwicklung in Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden spricht sich für eine gleichrangige Betrachtung der Verkehrsträger aus. Wir bevorzugen weder Bus noch Bahn auf der einen Seite oder den Individualverkehr auf der anderen Seite. Alle Verkehrsträger und Verkehrsteilnehmer sollen in Dresden nicht nur gleichberechtigt behandelt werden, wir fordern zusätzlich noch, dass sich die Stadt auf die Bedürfnisse der Einwohner einstellt und ihre Infrastrukturmaßnahmen in den kommenden Jahren daran ausrichtet. Wir wollen eine funktionierende Infrastruktur und einen funktionierenden Verkehrsfluss in Dresden und keine einseitige Ausrichtung auf einen Verkehrsträger. Demnach lehnt die Jungliberale Aktion Dresden die im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025 geplante Umgestaltung der Stadt mit Kfz-Verboten in der Innenstadt und dem massiven Ausbau von Straßenbahnlinien und ÖPNV-Angeboten, ein komplettes Tempo 30 innerhalb der Stadtgrenzen und zahlreichen weiteren Gemeinden ab. Nicht nur ist dies eine einseitige Bevorzugung eines Verkehrsträgers, es ist darüber hinaus äußerst unrealistisch, ob infrastrukturelle Stadtumbaumaßnahmen mit einem Kostenfaktor von 1,2 Mrd. Euro jemals finanziert werden können. Für uns stehen der Erhalt der Straßen sowie der Erhalt des aktuellen Niveaus des ÖPNVs, welcher in Dresden den modernsten Fuhrpark Deutschlands hat, im Wesentlichen an erster Stelle. Erweiterungen, Ausbau und Neuanschaffungen soll es nur aufgrund der entsprechenden Notwendigkeit und vor dem Hintergrund der gesicherten Finanzierung geben. Natürlich müssen auch Fußwege repariert und der Elbradweg ausgebaut werden. Bereits seit langem geplante Sanierungen von Straßenzügen, wie der Königsbrücker Straße in dem inzwischen gefundenen Kompromiss der Variante 7, deren Finanzierung auch sichergestellt ist, sollen nun endlich zügig umgesetzt werden. Neue Straßenbahnstrecken sind auf ihre Sinnhaftigkeit und Finanzierbarkeit zu prüfen. So sehen wir eine Straßenbahnlinie auf dem Zellschen Weg durchaus als vernünftig an. Gleisabstandsverbreiterungen und breitere Stadtbahnwagen, für die alle Haltestellenkaps der Stadt umgebaut werden müssen, braucht dagegen kein Mensch. So können anstatt breiterer Straßenbahnwagen auch längere Straßenbahnwagen (z.B. 60 m) angeschafft werden. Diese Straßenbahnen besitzen ein ganzes Abteil mehr und sind nicht teurer als die breiten Straßenbahnwagen. Die Dresdner Infrastruktur ist zudem gar nicht für die breiten Straßenbahnwagen geeignet. Außerdem können in der längeren Straßenbahnvariante mehr Personen befördert werden, als in der breiteren Ausführung. Aus diesem Grund kann auch auf eine Verkürzung der Taktung (auf 5 min bei stark ausgelasteten Strecken) verzichtet werden. Das hat zur Folge, dass die Kosten wesentlich reduziert werden. Grundlegend soll aber jeder

Verkehrsteilnehmer selbst entscheiden, wie er sich in Dresden fortbewegt. Wir lehnen jedes dirigistische Element in der zukünftigen Verkehrsplanung ab und fordern stattdessen eine intelligente und vernünftige Verkehrsplanung anhand der Bedürfnisse der Dresdner Einwohner.

Beschlossen am 04.12.2013

Verkehrskonzept für die Landeshauptstadt Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden setzt sich für die Erstellung eines ganzheitlichen Verkehrskonzeptes für die Landeshauptstadt Dresden ein. Dieses Verkehrskonzept soll alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig berücksichtigen. Auf eine Vorrangstellung einzelner Verkehrsteilnehmer (z.B. Straßenbahnen) ist zu verzichten. Ziel des Konzeptes soll ein flüssiger und umweltfreundlicher Verkehrsfluss im gesamten Stadtgebiet sein.

Demgemäß ist die vermehrte Einführung von sogenannten Grünen Wellen und Tempo 60 Zonen insbesondere auf verkehrsstarken Ein- und Ausfallstraßen zu prüfen. Dabei sind auf die Unterschiede zwischen verkehrsstarken (z.B. Berufsverkehr) und verkehrsschwachen (z.B. Wochenende) Zeiten zu berücksichtigen. Die generelle vorrangige Schaltung von Lichtsignalanlagen für Straßenbahnen und Busse ist im Sinne eines flüssigen Verkehrsflusses abzuschaffen. Ebenso sind lange Wartezeiten an Kreuzungen für einzelne Verkehrsteilnehmer im Sinne eines umweltbewussten Innenstadtverkehrs zu vermeiden. Die zunehmende Anzahl von Radfahrern in Dresden soll durch die Schaffung von zusätzlichen Radwegen berücksichtigt werden. Alle bestehenden und zukünftigen zu schaffenden Verkehrsschilder und Lichtsignalanlagen, sind auf ihre Notwendigkeit und mögliche Alternativen (z.B. Kreisverkehr) hin zu untersuchen.

Das Verkehrskonzept ist von einer unabhängigen Behörde oder von einem externen Dienstleister auf der Grundlage unabhängig erhobener Daten und ohne maßgeblichen Einfluss einzelner Interessensgruppen zu erarbeiten.

Beschlossen am 22.06.2011

Fahrradwege gehören auf die Fahrbahn

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert den Stadtrat von Dresden auf, bei geplanten und zukünftigen Verkehrsprojekten, Radfahrstreifen auf Fahrbahnniveau zu bevorzugen, bei beengten Platzverhältnissen auch Schutzstreifen.

Beschlossen am 22.06.2011

Fahrradchaos vor dem Hauptbahnhof beseitigen

Die JuliA Dresden fordert den Stadtrat von Dresden auf, am Hauptbahnhof für mehr geeignete Parkmöglichkeiten für Fahrräder zu sorgen, insbesondere auf dem Wiener Platz.

Beschlossen am 22.06.2011

Ampeln im Dresdner Straßenverkehr sinnvoll einsetzen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadtverwaltung auf, ihre bestehenden Ampelanlagen und Vorrangschaltungen für öffentliche Verkehrsmittel, auf Effizienz und Nutzen für den Straßenverkehr zu prüfen. Auch bei zukünftigen Straßenplanungen sollte eine Ampelanlage nur als letzte Möglichkeit aufgestellt werden, um Unfallschwerpunkte oder Staustellen zu beruhigen. Als Alternative ist der Kreisverkehr zu prüfen. Fahrradfreundlichkeit ist zu beachten.

Beschlossen am 30.06.2010

Parkplätze in der Dresdner Neustadt

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, für ausreichend Parkmöglichkeiten in der Dresdner Neustadt zu sorgen. Ein Verkehrskonzept, dass Verkehrsberuhigung durch den Wegfall von ausreichenden Parkmöglichkeiten favorisiert, lehnen wir ab. Ein modernes Konzept muss einen entsprechenden Ausgleich zwischen diesen beiden Interessen gewährleisten. Rund um die Äußere Neustadt ist genügend Platz vorhanden um Parkplätze oder Parkhäuser zu eröffnen. Die Stadtverwaltung sollte die Nutzung dieser Flächen als Parkplätze in ein Verkehrskonzept mit einbinden.

Außerdem fordern wir die Stadt auf, die Parkautomaten in der Äußeren Neustadt auf dieselben Zeiten einzustellen, die auch in anderen Stadtteilen Dresdens gelten.

Beschlossen am 17.12.2008

Shared- Space Modellprojekt in Leuben

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf im Zuge von Sanierungsarbeiten oder Umbauten die Zahmenhofstraße und das umliegende Wohngebiet nach dem Shared-Space-Verkehrsprojekt vollwertig zu gestalten.

Beschlossen am 17.12.2008

Integration von Radwegen

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Stadt Dresden auf, bei allen künftigen Neu-, Um- und Ausbauten von Straßenverkehrsanlagen den Radweg auf der Hauptfahrbahn zu integrieren. Die Fahrbereiche für Radfahrer sollen durch eine gestrichelte Markierung vom Rest der Fahrbahn getrennt sein. Ein Extraradweg auf oder parallel zum Fußweg entfällt damit.

Beschlossen am 17.12.2008

Transrapid- Strecke durch Dresden

Die Jungliberale Aktion Dresden steht einer Transrapid- Strecke durch Dresden offen gegenüber und fordert und fördert Diskussionen in der Öffentlichkeit und den entsprechenden Gremien darüber.

Beschlossen am 20.12.2006

Verband und Partei

JuliA-Club schon ab 19 Uhr - Für mehr Partizipation unserer jungen Mitglieder

Der JuliA-Club in Dresden beginnt statt 20 Uhr bereits 19 Uhr.

Beschlossen am 06.07.2019

Freiheitsgefühle kennen kein Alter!

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert eine Herabsetzung des Mindestalters für die Mitgliedschaft in der FDP auf 14 Jahre.

Innerhalb der Jungen Liberalen und der FDP wollen wir dazu einen Diskussionsprozess anstoßen und gegebenenfalls Konzepte für eine U16-Mitgliedschaft erarbeiten.

Beschlossen am 06.07.2019

Nachhaltigkeitsgrundsatz einführen

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

Diese, als Brundtland-Formel zur Nachhaltigkeit bekannte These soll zukünftig allen inhaltlichen Arbeiten zugrunde liegen.

Weiterhin setzt sich die Jungliberale Aktion Dresden dafür ein, dass dieser Grundsatz der Nachhaltigkeit in allen Untergliederungen der FDP Sachsen und der Jungliberalen Aktion Sachsen etabliert wird.

Beschlossen am 06.07.2020

Machen wir Freiheit zur Leidenschaft!

Freiheit ist Ausdruck menschlicher Würde. Als junge liberale Menschen sehen wir uns in der Verantwortung, sie zu nutzen und zu schützen. Weil wir unsere Zukunft selbst gestalten können, begreifen wir sie als Chance. Wir können ihr optimistisch entgegenschauen und müssen uns ihr nicht hilflos ausgeliefert fühlen. Daher scheuen wir uns nicht, Verantwortung zu übernehmen. Dieser Haltung wollen wir zu einem festen Platz in der Gesellschaft verhelfen.

Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit sind für uns Liberale unveräußerliche Werte.

Wir setzen

uns dafür ein, dass jeder seinen selbstgewählten Lebensentwurf verwirklichen kann. Denen, die diese urliberalen Prinzipien in Frage stellen wollen, treten wir aus Überzeugung entgegen – sowohl nach außen als auch nach innen. Garantie für eine Gesellschaft der Chancen und Freiheit sind Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Diese Errungenschaften sind keine Selbstverständlichkeiten. Wir fühlen uns verpflichtet, für sie einzustehen und ihren hohen Wert jungen Menschen bewusst zu machen.

Wir sind überzeugt davon, dass junge Menschen ihr Leben in die eigenen Hände nehmen können und sollen. Ziel unserer politischen Arbeit ist es daher, dem Einzelnen größtmögliche Freiheit zu verschaffen. Politik verstehen wir nicht als Erziehungsmaßnahme, sondern als Auftrag, das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen zu stärken. Unser politisches Handeln folgt einem positiven, optimistischen Menschenbild. Dieses Menschenbild in der Gesellschaft zu verankern liegt in unserer Verantwortung. Unsere grundsätzlich positive und mutige Sicht auf Menschen wollen wir daher beständig nach außen transportieren.

Als liberale Jugendorganisation arbeiten wir dafür, jungen Menschen und ihren Träumen Gehör und Gestaltungsspielräume zu verschaffen. Jugendlichen und jungen Erwachsenen trauen wir viel zu. Wir begreifen es als unsere Kernaufgabe, sie zum politischen Engagement zu motivieren und befähigen. Daher arbeiten wir stets daran, ein Verband zu sein, der jedem Jungen Liberalen die Chance zur Mitarbeit und Gestaltung gibt. Wir wollen uns gegenseitig unterstützen und fördern und gemeinsam besser werden. Die Vielfalt der Träume, Wünsche, Ziele und Fähigkeiten unserer Mitglieder ist unsere Stärke. Wir sind neugierig aufeinander und wollen gemeinsam dafür arbeiten, dass jeder die Möglichkeit bekommt, uns und sich selbst voranzubringen. Es ist unser Ziel, die Jugendorganisation der individuellen Chancen zu sein.

Als Liberale kommt uns die Schlüsselrolle zu, freiheitliches Denken und Handeln zur Leitlinie der Gesellschaft und der Politik zu machen. Daher wollen wir unsere Liebe zur Freiheit und unsere Werte beständig selbst aus- und vorleben und selbstbewusst für unsere Positionen einstehen – auch gegen Widerstände. Es ist unser Anspruch, die zentrale Anlaufstelle für alle jungen Menschen, die die Freiheit im Herzen tragen, zu sein.

Unsere parteipolitische und parlamentarische Heimat ist die FDP. Wir arbeiten unbeirrbar dafür, die Freien Demokraten zu dem verlässlichen Partner aller freiheitsliebenden Menschen zu machen. Es ist unser Ziel, die FDP voranzubringen und immer auf liberalem Kurs zu halten. Auf ihrem Weg, eine Partei für alle Liberalen zu sein, wollen wir die Freien Demokraten mit aller Kraft unterstützen. Als Junge Liberale begreifen wir uns als Teil der liberalen Familie um die FDP, von der wir lernen und die wir bereichern wollen. Wir verstehen uns als die Interessenvertretung junger Menschen in der FDP und übernehmen daher auch Verantwortung. Den Freien Demokraten wollen wir Zukunftsgarantie sein, ohne dabei unsere Unabhängigkeit zu aufzugeben. Der Grad der Liberalität der FDP ist daher das Maß unserer Loyalität. Notwendige Kritik an Fehlentwicklungen scheuen wir nicht. Als Junge Liberale setzen wir uns dafür ein, dass der Erneuerungsprozess der FDP nie endet.

Politisch andersdenkende Menschen und Organisationen des demokratischen Spektrums begreifen wir als Mitbewerber, nicht jedoch als Feinde. Von ihnen wollen wir uns nicht durch dauerhafte Angriffe abgrenzen, sondern durch permanentes Herausstellen unserer Alleinstellungsmerkmale: Unsere Liebe zur Freiheit, unser Wissen um den Wert und die Fähigkeiten des Einzelnen, unser Optimismus, unser Mut und unsere Neugier auf die Zukunft. Wir wollen jedem jungen Menschen zurufen: „Mach deine Freiheit zur Leidenschaft!“

Beschlossen am 20.06.2018

Aufforderung zum Rücktritt

Aufgrund der Äußerungen zum Thema Waldschlößchenbrücke

Aufforderung zum Rücktritt

Aufgrund der Äußerungen zum Thema Waldschlößchenbrücke in der Dresdner Morgenpost vom 13. Juni 2007 fordert die Jungliberale Aktion Dresden Wolfgang Kießling auf, sein Amt als Beisitzer des Kreisvorstandes der FDP Dresden niederzulegen.

Beschlossen am 13.06.2007

Außen- und Verteidigungspolitik

Ein Schritt auf dem Weg zur Europäischen Armee – Deutsch-Polnische Brigade aufstellen

Antragsteller: Kreisvorstand, Carl Gruner

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Aufstellung einer Deutsch-Polnischen Brigade nach Vorbild der Deutsch-Französischen Brigade und als Ausdruck der zunehmenden militärischen Verknüpfung innerhalb der europäischen Union auf dem Weg zur Europäischen Armee.

Diese binationale Brigade soll eine deutsch-polnische Kommandostruktur erhalten und Bestandteil des Eurokorps werden. Die Brigade soll an Standorten beiderseits der deutsch-polnischen Grenze stationiert sein. Dafür sind insbesondere Standorte in Ostsachsen zu prüfen.

Die Deutsch-Polnische Brigade soll einen weiten Fähigkeitsbereich erhalten, um im Rahmen der NATO Response Force eingesetzt werden zu können. Dazu soll die Brigade nicht nur gemeinsame Übungsvorhaben bestreiten, sondern auch als dezidierter Einsatzverband aufgestellt werden und in diesem Rahmen an Auslandseinsätzen der EU und NATO teilnehmen. Dabei soll eine Trennung der Brigade entlang der beiden beteiligten Nationen, wie sie zuweilen bei der Deutsch-Französischen Brigade vorkam, ausdrücklich vermieden werden.

Die Deutsch-Polnische Brigade soll ein Leuchtturmprojekt für die zunehmende militärische Kooperation innerhalb der Europäischen Union darstellen und als Vorbild für den Aufbau ähnlicher bi- bis multinationaler Verbände europäischer Staaten dienen. Die Brigade stellt damit einen wichtigen mittelfristigen Schritt auf dem Weg zum langfristigen Ziel einer europäischen Armee dar.

Begründung: erfolgt mündlich

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).

Ein strahlendes Licht für Deutschlands Sicherheitspolitik – Nukleare Teilhabe zementieren

Antragsteller: Kreisvorstand, Carl Gruner

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert die Ampelkoalition auf, sich zur nuklearen Teilhabe als unabdingbaren Bestandteil des Prinzips kollektiver Verteidigung in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu bekennen. Im Sinne der Interoperabilität und des Bündniszusammenhalts innerhalb der NATO spricht sich die Jungliberale Aktion Dresden dafür aus, dass der Fähigkeitsbereich der Bundeswehr auch weiterhin nukleare Fähigkeiten umfasst und Atomwaffen von Bündnispartnern auch in Zukunft auf deutschem Territorium stationiert sind.

Die Jungliberale Aktion Dresden fordert weiterhin, dass das Nachfolgesystem für das Mehrzweckkampfflugzeug Tornado im Hinblick auf die für die nukleare Teilhabe notwendige Zertifizierung ausgewählt und beschafft wird.

Die Jungliberale Aktion Dresden befürwortet weitere Abrüstungsschritte im Rahmen der NATO, sollte die europäische Sicherheitslage dies erlauben. Wir stellen allerdings auch fest, dass die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich im Stande sein muss, ein eigenes Nuklearprogramm aufzusetzen, sollte eine veränderte Sicherheitslage oder der ausdrückliche Wunsch seitens der Bündnispartner dies erfordern.

Wir bekennen uns zur Verteidigung als europäischer Angelegenheit. Die Jungliberale Aktion Dresden fordert daher perspektivisch die Aufsetzung eines europäischen Nuklearwaffenprogramms unter dem Dach einer europäischen Armee, das aus bestehendem Wissen und technischen Kompetenzen der Mitgliedstaaten entwickelt werden soll, sowie einer europäischen strategischen U-Boot-Flotte zur Gewährleistung der Zweitschlagfähigkeit.

Begründung: erfolgt mündlich

Beschlossen auf dem Kreiskongress der Jungliberalen Aktion Dresden am 09.04.2022 in Langebrück (ergoData GmbH).